

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/008

Chronik vom 30. Mai 1992 bis zum 31. Dezember 1992

30.05.1992

Großbritannien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Mai 1992 über das "Harris-Denkmal in London": >>>**Denkmal löst auch bei Briten Widerspruch aus**

Aber sogar die Königinmutter ehrt den "Bomber-Harris".

... In der Nacht zum 31. Mai 1942 flog die Royal Air Force mit allem, was sie hatte, nach Köln. Sie flog den ersten wirklichen Flächenangriff des Zweiten Weltkriegs – größer, umfangreicher, vernichtender als alles, was die deutsche Luftwaffe zuvor in Warschau und Rotterdam, Coventry und London zustande gebracht hatte.

Es war eine neue Strategie, die Arthur T. Harris als frischgebackener Chef des "Bomberkommandos" mit der höchsten Billigung des Premierministers Sir Winston Churchill entwickelt und durchgesetzt hatte. Nicht militärische Ziele und Rüstungsbetriebe, sondern Zivilisten waren die Opfer. Die Nazis hatten das vorexerziert, die Alliierten haben es perfektioniert. Es galt, so wurde damals das Ziel des Terrorbombardements umrissen, den "Widerstandswillen" der Deutschen zu brechen.

In Köln begann im Mai 1942 eine blutige Spur, die sich bis in die letzten Kriegswochen in Dresden und Pforzheim schaurig verbreiterte. Dresden war im Februar 1945 mit Flüchtlingen vollgestopft, niemand vermochte die Toten der zweitägigen Bombenangriffe zu zählen. Die nordbadische Kleinstadt Pforzheim wurde wenige Tage später von fast 400 britischen Lancaster-Bombern dem Erdboden gleichgemacht.

Auf den Tag genau 50 Jahre später, am 31. Mai 1992, wird die 91 Jahre alte, immer noch rüstige Königinmutter Elisabeth als Patronin der Royal Air Force gegenüber der britischen Luftwaffenkirche St. Clement Danes in Strand am Westrand Londons ein 2,74 Meter großes, aus Bronze gegossenes Denkmal des Luftmarschalls Harris enthüllen. In einem Land, das mit seiner Vergangenheit in Frieden lebt und das stolz ist auf seine Geschichte, wird es das umstrittenste Monument sein, das jemals von einer Angehörigen der Königlichen Familie enthüllt wurde.

Denn Arthur Harris, den seine eigenen Leute "Bomber-Harris" nannten, aber auch "Butcher", also "Schlächter", hat das Töten von Zivilisten zwar nicht erfunden, aber er hat es perfektioniert. Schon 1917, im Ersten Weltkrieg, begannen deutsche Piloten damit, Bomben auf fran-

zösische Städte zu werfen. Wenig später, in den zwanziger Jahren, berichtete der junge Flieger Arthur Harris aus dem damals von den Briten beherrschten Irak geradezu enthusiastisch, wie großartig es sei, aufständische Kurden zu bombardieren, ohne mit ernsthafter Gegenwehr rechnen zu müssen.

... Von den deutschen Städten war nicht viel übrig, als die Alliierten ... später die Trümmer des Deutschen Reichs besetzten.

Schon bald regten sich Zweifel, bei vielen auch schlechtes Gewissen. Nach der Zerstörung Dresdens stellte sogar Churchill in Frage, ob die Fortsetzung der Massengebombardierungen noch sinnvoll sei. Harris reagierte mit einem Wutausbruch: "Der Rest aller deutschen Städte ist nicht die Gebeine eines einzigen britischen Grenadiers wert", sagte er damals.

Heute ist ziemlich unumstritten, daß die Flächenbombardements und die 600.000 zivilen Opfer in Deutschland den "Widerstandswillen" so wenig gebrochen haben, wie es zuvor die 30.000 Opfer der deutschen Luftangriffe auf Großbritannien getan hatten. ...

Seit als erster der Pforzheimer Bürgermeister Joachim Becker sich im September letzten Jahres an Außenminister Genscher wandte, ob man das unzeitgemäße Spektakel nicht verhindern könne, gehen die Wogen hoch, in Großbritannien wie in Deutschland. Verhindern konnte man nichts; im Auswärtigen Amt erhielt man auf eine vorsichtige Anfrage die Antwort, es handle sich um ein privates Ereignis (da der Bau des Denkmals durch eine private Spendensammlung der "Bomber Association" finanziert wird).

Doch die Tatsache, daß sich die Bürgermeister der besonders hart getroffenen Städte Pforzheim und Dresden, Köln, Würzburg und Hamburg, Hildesheim, Magdeburg und Mainz offiziell gegen die Ehrung für Harris ausgesprochen haben, löste vor allem in der britischen Boulevardpresse und in den Reihen der Bomber Association wütenden Gegenprotest aus.

Man sollte in jeder deutschen Stadt ein Duplikat der Harris-Statue aufstellen schrieb der Kolumnist Andrew Roberts im Londoner "Evening Standard", "damit sie niemals vergessen". Die Bomberversions-Vorsitzende Batchelor erklärte empört, die Deutschen sollten sich um ihre eigene Vergangenheit kümmern, und die Leserbriefspalten der seriösen Zeitungen werden jetzt schon seit Monaten mit Zuschriften zu diesem Thema überschwemmt. ...<<

Mai 1992

BRD: Der deutsche Theologe und Publizist Gerhard Fittkau berichtet im Mai 1992 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 -1992 (x853/...): >>**Das Verdammnisurteil gegen Christoph Kolumbus**

Ein historischer Unsinn in der Sicht von *Dr. James Hitchcock*, Professor für Neuere Geschichte an der Universität von St. Louis, "St. Louis Review" vom 22. November 1991.

Das 500. Jahrgedächtnis der Ankunft von Christoph *Kolumbus* in Amerika hat bereits verschiedene Formen verallgemeinernder politischer Selbstgerechtigkeit hervorgebracht, daß es fast unmöglich ist, über das welthistorische Ereignis zu sprechen, ohne jemandes Sinn für eine angemessene Wortwahl zu verletzen.

Die grundsätzliche Anklage gegen *Kolumbus* lautet: Er war selbst ein unmenschlicher Agent eines Imperialismus, der den hier bereits lebenden Völkern großes Leid zugefügt hat, als er ankam und einige, die nach ihm kamen, insbesondere *Cortez*, waren noch schlimmer.

Zweifellos ist manches an dieser Anklage wahr. Die Spanier, die nach Amerika kamen, waren gewiß Eroberer und sie waren nicht zahm und sanft. Sowohl mit Absicht wie auch unabsichtlich fügten sie den Leuten, die sie fälschlich "Indianer" nannten, Leiden zu. Aber um sie dafür zu verurteilen, muß man auch jene verurteilen, die ihre Opfer waren. Die eingeborene Bevölkerung bestand nicht aus Engeln. Jene, welche die Europäer entwurzelten oder eroberten, waren selbst dorthin, wo *sie* waren, durch Eroberung gekommen, und auch sie waren alles andere als vornehm und milde mit ihren Feinden.

Die modische Ideologie betrachtet diese Konflikte ausschließlich nach rassistischen Maßstä-

ben und sieht in den Europäern böse Unterdrücker der guten Eingeborenen. Aber seit vielen Jahrhunderten hatten die Europäer sich gegenseitig umgebracht, wie sie das lange nach der Entdeckung Amerikas weiter taten. Indes waren auch die Einwohner Amerikas weit entfernt davon, in einer Art idyllischen Paradieses zu leben. Zumeist waren sie damit beschäftigt, sich gegenseitig abzuschlachten.

- Ich glaube, daß bei abgewogenem Urteil die Zivilisation, welche die "Imperialisten" in die Neue Welt brachten, eine Verbesserung dessen war, was sie vorfanden. Die Praxis der massenhaften Menschenopfer bleibt die größere Peinlichkeit für jene, welche die Eingeborenen bloß als unschuldige Opfer ansehen.

Aber es ist nicht notwendig, eine solche Verbesserung zu behaupten, um der moralischen Verurteilung der Europäer zuvorzukommen. Sie benahmen sich einfach so, wie sich die meisten Völker einschließlich der amerikanischen Eingeborenen zu aller Zeit und an allen Orten immer wieder in der Geschichte benommen haben.

Die Logik jener, die *Kolumbus* zu verurteilen wünschen, ist geradezu atemberaubend. Ganz einfach implizieren sie, daß die ganze weite Lebensstruktur, wie sie heute vom Polarkreis bis zur Südspitze Argentiniens gelebt wird, auseinandergenommen werden sollte. Wenn das nicht ihr Anliegen ist, dann haben wir allen Grund, die Ankunft des Kolumbus zu feiern. Einige der merkwürdigen Dinge so vieler zeitgemäßer "humanitärer" Bewegungen ist die Art und Weise, in der sie mit leichter Hand die Masse der Menschheit verachten.

Man denke z.B. nur an die Bewegung für die Rechte der Tiere. Wenn wir die Voraussetzung annehmen, daß alles, was in Amerika seit 1492 geschehen ist, unrechtmäßig ist, was erwartet man dann von uns, mit den hunderten Millionen Menschen zu tun, die jetzt die beiden amerikanischen Kontinente bewohnen? Die Logik der Anti-Kolumbus-Ideologie impliziert, sie alle, besser wir alle müßten nach Europa zurückgeschickt werden. Aber das wird nicht genügen. Von woher auch immer jemandes Vorfahren hergekommen sein mögen, es ist als sicher anzunehmen, daß sie irgendwann dorthin durch Eroberung gelangt sind, wobei sie jemand, der dort vorher war, vertrieben haben.

Wenn wir diese Reinheitskriterien anwenden, wird es notwendig sein, durch Archäologen und Anthropologen genau herauszufinden zulassen, wo die verschiedenen Völker der Welt zur frühest bekannten Zeit in der Vergangenheit waren, und nicht nur die europäischen Kolonisatoren Amerikas, sondern alle Völkerwanderungen einschließlich der Bewegungen jener Völker zu verurteilen, welche die vorgebrachten Opfer des Kolumbus waren. Diesen geschichtlichen Prozeß im Jahre 1492 abzuschneiden, ist reine Willkür.

Eine interessante, weithin nicht gestellte Frage bei all diesen Vorgängen geht dahin, herauszufinden, was Leute in einer höchst komplexen, lange etablierten Gesellschaft wie der unseren dazu treibt, mit allem Ernst zu behaupten, daß diese in Wirklichkeit kein Recht zu existieren hat. Wieviel von dieser Einstellung ist echter Selbsthaß, wieviel ist bloßer Modetrend bei Leuten, die schreien würden, wenn ihre Schwimmbäder im Hinterhof ihnen weggenommen würden, wenn nicht gar ein ganzer Kontinent.

Diese Frage ist besonders akut für Katholiken. Denn viel von dem Ressentiment gegen Kolumbus schließt das Urteil mit ein, daß es ein Unrecht der Europäer war, der Neuen Welt das Christentum "auferlegt" zu haben. Ein Teil der Propaganda gegen Kolumbus wird direkt unter der Fahne von kirchlichen Agenturen verbreitet und damit die Behauptung aufgestellt, die Indianer wären besser daran gewesen, wenn sie Heiden geblieben wären.

Aber das wiederum wäre nach dieser Logik auch mit unseren eigenen Ahnen, die in Europa gelebt haben, der Fall gewesen. Nach ihrem ursprünglichen Fehlschlag, die Juden zu bekehren, hätten anscheinend die Apostel ihren Auftrag als einen schlechten Job erklären und ihre Sendung aufgeben sollen, es sei denn, der Versuch, die Juden zu bekehren, war selbst eine Art "Imperialismus".

Wozu man aufgefordert wird, ist nichts weniger als die menschliche Geschichte selbst zu verleugnen in einer vergeblichen Suche nach Rückkehr in irgendeine idyllische unverdorbene Zeit. Nur Leute, welche die meisten ihrer eigenen Wurzeln abgeschnitten haben, könnten eine solche Forderung ernst nehmen.

Neulich hatte ich die Gelegenheit, eine Vorschau des Films "Black Robe" über Jesuiten und Indianer im Kanada des 17. Jahrhunderts zu sehen. Es ist weder eine Apologie noch eine Verurteilung solcher missionarischer Aktivität. Ich glaube, er stellt die Situation der Zeit ehrlich dar. Es ist auch ein sehr starker Film, aus dem der Zuschauer einen tiefen Respekt für die Algonquin-Indianer wie auch für die Priester, die sie bekehrten, mitnimmt.

Nachwort

Die Person, die Leistung und die Tragödie des Kolumbus interessierten offenbar seine modernen "engagierten" Richter nicht. Er war gewiß "ein Mensch mit seinem Widerspruch". Trotz seiner Frömmigkeit und dem ehrlichen Wunsch, Gott zu dienen, widerstand der energische Genueser Kaufmann und ehrgeizige Abenteurer nicht dem starken Trieb nach Erfolg und der Suche nach Gold.

Wo immer er von seiner Caravelle "Santa Maria" den Boden der Neuen Welt von "Westindien" betrat, errichtete er das Kreuz und "taufte" gleichsam mit christlichen Namensgebungen das Neuland "San Salvador, Trinidad" usw.. Wegen brutaler Unterdrückung eines Aufruhrs infolge schlechter Kolonisation seiner Konquistadoren wurde er als Statthalter nach seiner dritten Überfahrt abgesetzt, machte aber nach seiner Rechtfertigung noch eine vierte Entdeckungsfahrt bis zum Festland Südamerikas. Nach seiner Rückkehr starb er vergessen und einsam. Er tröstete sich mit mystischen und apokalyptischen Spekulationen. Seine Leiche folgte seinen abenteuerlichen Wegen über San Domingo und Havanna, bis sie endlich in der Kathedrale von Sevilla 1899 zur Ruhe gelegt wurde. Vor hundert Jahren betrieb ein französischer Graf sogar seine Seligsprechung.

Seiner Petition schloß sich fast der ganze französische Episkopat an. Unserem Jahrhundert bleibt es vorbehalten, ihn als Verbrecher und Barbar zu brandmarken, um unsere eigenen "aufgeklärten" Barbareien zu vergessen.

Der Zorn des nordamerikanischen Historikers über die ideologische Geschichtsklitterung im Kolumbusjahr auf Kosten der katholischen Kirche im eigenen "engagierten" Medienbereich ist vollauf berechtigt, auch wenn dieser Artikel nicht den Anspruch erhebt, ein ausgewogenes Urteil über die Person und die Folgen der Taten des großen Entdeckers zu fällen.

Wo noch Spuren katholischer und humaner Kultur in USA sichtbar geblieben sind, weisen sie auf die Arbeit spanischer und französischer katholischer Pioniere und Missionare in den ehemals spanischen Provinzen im Südwesten und Süden des Landes zurück. Zur Vertiefung des Bildes der französischen Indianermission im Film "Black Robe" sei auf die meisterhafte Erzählung "Die Nachtwache" von Wilhelm Schamoni verwiesen, die er nach seiner fünfjährigen Dachauer Leidenszeit nachempfunden hat. Sie verdiente längst eine Neuauflage.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 berichtet im Mai 1992 (x853/...):

>>Die Indianer Amerikas und die europäische Kolonisation

Einige Hinweise von *Vittorio Messori* in seinem "Vivaio-Beitrag" Nr. 439 in der italienischen Tageszeitung "Avvenire" vom 25.4.1991.

Die Tatsachen und Probleme der verschiedenen iberischen und angelsächsischen Kolonisationen sind so weitgreifend und komplex, und es haben sich so viele Vorurteile aufgehäuft, daß wir hier nur einige Schlaglichter auf sie werfen können.

Wir beschränken uns zunächst auf die eingeborene Bevölkerung. Diese ist in den heutigen Vereinigten Staaten von Nordamerika fast ganz verschwunden. Dort sind die Ureinwohner als "Mitglieder der Indianerstämme" mit ca. eineinhalb Millionen Personen registriert. In Wirklichkeit reduziert sich diese Zahl, die ohnehin schon recht gering ist, erheblich, wenn man be-

denkt, daß für diese Registrierung ein Viertel indianisches Blut genügt.

Im Süden ist die Lage umgekehrt. In der mexikanischen und mittelamerikanischen Zone, in den Ländern der Anden und in vielen Bereichen Brasiliens stammen ungefähr 90 % der Bevölkerung direkt von den Ureinwohnern ab, oder sie sind Früchte der Verbindungen zwischen Eingeborenen und Neuankömmlingen.

Während darüber hinaus die Kultur der Vereinigten Staaten der Kultur der Indianer außer einigen Wörtern kaum etwas verdankt und sich von ihren europäischen Ursprüngen her ohne nennenswerten Austausch mit der autochthonen Bevölkerung entwickelt hat, ist es beim spanisch-portugiesischen Amerika nicht so. Dort geschah die Kreuzung und Begegnung gewiß nicht nur demographisch. Sie hat vielmehr eine neue Kultur und Gesellschaft mit unverwechselbaren charakteristischen Zügen geschaffen.

Gewiß, dies ist auch auf die verschiedenen Entwicklungsstufen der Völker zurückzuführen, welche die Angelsachsen oder die Spanier und Portugiesen in jenen Kontinenten vorfanden. Es ist aber auch, wenn nicht sogar vorwiegend, auf die religiöse Einstellung zurückzuführen. *Die katholischen Spanier und Portugiesen* zögerten nicht, Eingeborene zu heiraten. Sie sahen in ihnen menschliche Personen gleich wie sie selbst. *Anders die Protestanten*. Sie neigten dazu, ihr reformiertes Christentum auf das Alte Testament zurückzuwenden. Sie waren von jener Art des "Rassismus" oder wenigstens von jener Superiorität des "auserwählten Volkes" beseelt, das bestimmend für Israel war.

Diese Auffassung im Verein mit der Theologie der Prädestination, nach welcher der Indianer rückständig ist, weil er zur Verdammnis "vorherbestimmt" ist, während der Weiße fortgeschritten ist zum Zeichen seiner göttlichen Erwählung, trug dazu bei, die ethnische oder gar auch kulturelle Vermischung als eine Verletzung des Planes der göttlichen Vorsehung anzusehen.

So ist es nicht nur in Amerika und mit den Engländern geschehen, sondern auch in allen anderen Zonen der Welt, wohin die Europäer protestantischer Tradition hinkamen. Die südafrikanische Apartheid ist, um das spektakulärste Beispiel anzuführen, eine typische und theologisch durchaus konsequente Schöpfung des holländischen Calvinismus.

- Es überrascht daher jene Art von Masochismus, der neuerlich die Konferenz der katholischen Bischöfe Südafrikas bewogen hat, sich ohne jede Präzisierung und Unterscheidung der "Erklärung der Reue und Scham" der weißen Christen gegenüber den Schwarzen dieses Landes anzuschließen. Dieser Schritt überrascht, weil, falls auch von katholischer Seite irgendein zu verurteilendes Verhalten geschehen ist, im Gegensatz zu dem, was von protestantischer Seite geschehen ist, dies im vollen Gegensatz sowohl zur Theorie wie zur katholischen Praxis geschehen ist. Leider gibt es heute Männer der Kirche, die heilfroh sind, ihrer Kirche auch Schuld aufzuladen, die sie nicht hat.

Eben gerade von den verschiedenen Theologien leiteten die verschiedenen "Eroberungen" der Länder Amerikas ihren Ursprung her. Die Spanier sahen die Bevölkerung ihrer Territorien nicht als eine Art Müll an, den man zu entfernen hat, um sich als die alleinigen Herren einzurichten. Man bedenkt wenig die Tatsache, daß Spanien im Unterschied zu Großbritannien sein amerikanisches Reich niemals als "Kolonien", sondern als Provinzen organisierte. Und man bedenkt auch nicht, daß sich der König von Spanien niemals die Krone des "Kaisers von Indien" aufgesetzt hat, auch hier im Gegensatz zu dem, was die englische Monarchie sogar noch an der Schwelle des 20. Jahrhunderts getan hat.

- Von Anfang an und danach mit konstanter Unerbittlichkeit während der ganzen folgenden Geschichte betrachteten die protestantischen Siedler es aufgrund der Bibel selbst als ihr Recht, ohne Probleme und ohne Grenzen alles Land zu besitzen, was sie besetzen konnten, und die Bewohner davonzujagen oder sie auszurotten.

Sofern diese nicht am "Neuen Israel" teilhatten und insofern sie durch die Zeichen einer nega-

tiven Prädestination gezeichnet waren, blieben sie vollständig der Gewalt der neuen Herren ausgeliefert. Das Bodenrecht und seine Verwaltung, das in den verschiedenen amerikanischen Ländern eingerichtet wurde, bestätigt diese verschiedenen Perspektiven und erklärt die verschiedenen Folgen.

Im Süden fiel man auf das System der "Encomienda" (der Kommende) zurück. Es war ein Feudalsystem, die Konzession, die der Souverän für einen Teil des Territoriums unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Bevölkerung machte, deren Rechte von der Krone, welche die wahre Eigentümerin des Landes blieb, geschützt wurden.

- Nicht so geschah es in Nordamerika. Dort erklärten zunächst die Engländer und danach die amerikanische Bundesregierung ihr absolutes Eigentum über die besetzten und zu besetzenden Gebiete. Jedes Territorium gehört dem, der es zum vereinbarten Preis haben will. Durchschnittlich zu einem Dollar für den Acker (3/4 Hektar). Die neuen Siedler hatten dafür zu sorgen, wenn notwendig mit Hilfe des Heeres, eventuell auf ihrem Landgebiet nochvorhandene Eingeborene zu verjagen oder besser sie auszurotten.

Das Wort "ausrotten" ist nicht übertrieben und stellt die konkrete Wirklichkeit dar. Viele z.B. wissen nicht, daß die Technik des Skalpierens bei den Indianern des Nordens wie des Südens bekannt war. Unter denen des Südens verschwand sie sofort nach einem Verbot durch die Spanier. Nicht so im Norden.

Darüber sei z.B. die Stimme der unverdächtigen Larousse-Enzyklopädie zitiert: "Die Praxis des Skalpierens verbreitete sich auf dem Gebiet der gegenwärtigen Vereinigten Staaten vom 17. Jahrhundert an, als die weißen Siedler hohe Prämien für jeden boten, der die Skalps von Indianern, sei es eines Mannes, einer Frau oder eines Kindes brachte." Im Jahre 1703 zahlte die Regierung des Bundesstaates Massachusetts 12 Pfund Sterling für jeden Skalp mit dem "Erfolg", daß die Jagd auf die Indianer, die mit Pferden und Hundemeuten organisiert wurde, fast zu einer Art nationalen Sports wurde, der zugleich sehr einträglich war.

Das Motto "Der beste Indianer ist ein toter Indianer", das in den Vereinigten Staaten immer praktiziert wurde, entstand nicht nur von der Tatsache, daß jeder unterdrückte Indianer für die neuen Eigentümer eine Last weniger war, sondern wurde durchaus auch von der Tatsache genährt, daß ein Skalp von der staatlichen Autorität bezahlt wurde. Dies war ein Brauch, der dem "katholischen Amerika" nicht nur unbekannt war, sondern der, wenn jemand versucht hätte, ihn einzuführen, nicht nur die Empörung der Ordensleute geweckt hätte, die stets an der Seite der Kolonisatoren vorhanden waren. Er wäre auch mit schweren Strafen verfolgt worden, welche die Königin zum Schutz des Lebensrechts der Eingeborenen erlassen hatte.

Aber diese starben, so sagt man, zu Millionen auch in Zentral- und Südamerika. Gewiß, sie starben, aber nicht in dem Maß, daß sie fast verschwanden wie im Norden. Ihre Ausrottung wurde nicht durch die Schwerter aus Stahl von Toledo und durch Feuerwaffen, die im übrigen fast immer versagten, sondern von den tödlichen, unsichtbaren Viren verursacht, die aus der Alten Welt herübergebracht wurden. Der mikrobische und virale Schock, der in wenigen Jahren die Halbierung der Bevölkerung im iberischen Amerika verursachte, ist von der "Berkeley-Gruppe" studiert worden, die aus Gelehrten jener Universität zusammengesetzt war. Es war etwas Vergleichbares wie die Schwarze Pest, die im 13. Jahrhundert aus Indien und China hergekommen war und Europa verwüstet hatte.

- Die Tuberkulose, Lungenentzündung, Masern, Pocken, welche die Indianer in ihrer isolierten ökologischen Nische nicht kannten und gegen die sie daher keine Immunabwehr hatten, waren Übel, die von Europäern eingeschleppt waren. Diese können aber nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Sie kannten nicht die Mechanismen der Ansteckung. *Pasteur* war noch weit entfernt.

Auch Männer wie Bartholome de las Casas, eine umstrittene Gestalt, über die man über die erbaulichen Schemen hinaus sprechen müßte, verfielen einer Täuschung: Sie sahen, wie diese

Völker sich drastisch verminderten und verdächtigten die Waffen ihrer Landsleute, während es die Viren waren. Ein Phänomen der tödlichen Ansteckung, das auch in neuerer Zeit bei Indianer-Stämmen in Französisch Guayana und im brasilianischen Amazonien beobachtet wurde.

Nachwort

Das Kolumbusjahr 1992 ist im Hinblick auf die Folgen der Entdeckung und Kolonisation für die Indianer Amerikas zum Tummelplatz hemmungsloser Polemik gegen die Katholische Kirche und ihre Missionen wie zu allzu beflissenen katholischen Selbstanklagen und Schuldzuweisungen nach dem Muster marxistischer Analyse und Dialektik geworden. Die komplexen historischen Realitäten interessieren dabei wenig. Man folgt in den katholischen oder gar kirchlich firmierten und mitfinanzierten Medien den groben Vereinfachungen nach dem Interpretationsraster der radikalen Befreiungstheologen und Soziologen mit ihrer Verurteilung der Vergangenheit und ihren Anklagen der Gegenwart.

Eifrig forscht man in den Müllkippen der "Schwarzen Legende" der Freimaurer und anderer "Aufklärer" gegen die iberoamerikanische Kolonisation und schwärmt in Visionen von einer "Traumkirche der Zukunft" und Allversöhnung nach der Überwindung der "kompromittierten reichen hierarchisch-zentralistischen Kirche" durch eine spontane, freie, arme "Kirche von unten". Der Sühnepreis für die europäische Kollektivschuld müsse ein "Festjahr des Erlasses aller Auslandsschulden" sein, die aber vor allem durch sozialistische Mißwirtschaft, Bürgerkriege und Korruption verursacht sind.

Messori antwortet auf die "Welle der Kontestation" linkskatholischer Kreise gegen die geplanten Jubiläumsfeiern in Genua. So veranstaltet das "Recco-Institut" der Jesuiten in Genua einen internationalen Kongreß unter dem Titel "1492-1992" und anschließendem Protestmarsch zum dortigen Columbusdenkmal mit "humanitären" Organisationen, kommunistischen "Autonomen Arbeitergruppen" sowie Vertretern der (kommunistischen) Partei.

Die "heilige Wut" setzt sich fort in naiven Ausstellungen über die "Idyllische Welt der Pueblos", die in ihrer reglementierten freudlosen Tyrannei Aldus Huxley für sein Schreckbild der "Schönen Neuen Welt" dienten. Des weiteren werden mit Hilfe einiger importierter Indianer unter der Leitung des Publizisten und Priesters Ernesto **Balducci** Gegenkundgebungen vom nördlichen Treviso bis zum südlichen Terni unter der Devise angekündigt:

"500 Jahre Geschichte Amerikas: Ihr nennt sie Entdeckung, wir Invasion." Mit Recht nannte der Europaparlamentarier und (suspendierte) Priester **G. Beget-Bozzo** eine solche die Entdeckung Amerikas, die zur Integration der Völker gedient habe, reduzierende Relektur der Geschichte eine "idiotische Idee".

- Ein schlimmeres Urteil verdienten die wütenden Tiraden des als "Indianerbischofs" und Trägers des "Bruno-Kreisky-Menschenrechtspreises" auf den deutschsprachigen Vortragsrunden der katholischen Bildungswerke herungereichten österreichischen Missionsbischofs **Erwin Kräudner**. Er verstieg sich zu der Behauptung:

"Wer den Genozid an den Ureinwohnern im heutigen Amerika, der mit der Conquista begonnen hat und bis heute andauert, in Abrede stellt, schlägt in dieselbe Kerbe wie jene, die die Ermordung von mindestens 5,5 Millionen Juden im Zuge der ‚Endlösung‘ leugnen."

Für die Indianer sei die "Öffnung des Tors zur Neuzeit" der "Anfang vom Ende" gewesen. Mit billiger Demagogie biedert er sich mit den üblichen Attacken gegen den "römischen Zentralismus" an.

In den katholischen Verbandszentralen, Bildungswerken und der Kirchenpresse sowie in den Appellen der Funktionäre der deutschsprachigen katholischen Hilfswerke finden solche unverantwortlichen Äußerungen ein ebenso unkritisches wie kontraproduktives Echo. Im Essener "Ruhr Wort" vom 30.11.91 stand über dem Vortrag eines mittelamerikanischen Bischofs vor dem Zentral-Komitee der deutschen Katholiken, in dem er für Versöhnung der Eroberer

und der Eroberten sowie die Anerkennung des "Geschenks des Glaubens unter dem einzigartigen und gleichen Kreuz des Erlösers" plädierte, die suggestive Balkenüberschrift:

"Evangelisierung Lateinamerikas - Gold, Silber und Zwangsarbeit." Dazu dann noch die Notiz unter dem Stichwort "Eroberung": Nach Ansicht von Pater **Joachim Piepke**, des Leiters des Anthropos-Instituts der Steyler Missionare in St. Augustin habe die Mission Amerikas vor allem zur Rechtfertigung der Unterwerfung, Unterdrückung und Ausplünderung der Ureinwohner gedient.

Dies habe er auf der Akademietagung des Katholischen Bildungswerks in Bonn erklärt. Diese Aussage ist ein Skandal angesichts instruktiven Beitrags seines Mitbruders, des argentinischen Bischofs Jorge Novak SVD über "Licht und Schatten auf dem 'Katholischen-Kontinent' - 500 Jahre Präsenz der Kirche in Lateinamerika" in der "Steyler Missionschronik 1991/92, S. 9-15. Es ist ein Hohn auf die "Lebenszeugnisse aus fünf Jahrhunderten" in dem Buch von Monsignore **Wilhelm Havers** über die "Christliche Befreiung in Mexiko" (Katholischer Pressebund, St. Augustin 1986).

In seinem Buch "Amerika - eine Hoffnung, zwei Visionen" (Verlag Busse-Seewald) beschämt der Hamburger Historiker Horst Pietschmann die modischen einäugigen oder blinden Manipulatoren und Agitatoren. Nach ihm ist die Sichtweise der "Conquista als monolithisches Höllen-Phänomen", nach der die "Eingeborenen Amerikas 500 Jahre lang lediglich Objekte der Ausbeutung und Unterdrückung gewesen seien, "nicht nur eurozentrisch, sondern auch falsch". Die Mahnungen des Missionsklerus "zur pfleglichen Behandlung der Indianer seien gegenüber der Konquistadoren-Gesellschaft politisch gerade recht gekommen. Die "demographische Katastrophe" könne heute nicht mit seriösen Zahlen belegt werden. Die Berechnungen wichen um das Zehnfache voneinander ab.

- Ebenso sachlich und fair ist der Beitrag von Hans Leuenberger im einschlägigen Merian-Heft (Jg. 24, Nr. 9, S. 80 ff.) über Mexiko. Die Gerichtshöfe und die Vizekönige hätten die Indianer gegen die Willkür der Konquistadoren geschützt, die Universität von Mexiko gegründet und die erste Druckerei eingerichtet. Der zweite Vizekönig Don **Luis de Velasco** habe Tausende von Indianern aus der Schuldknechtschaft befreit und auf bittere Vorwürfe erwidert: "Die Freiheit der Indianer ist mehr wert als alle Minen der Erde. Die Einnahmen der Krone dürfen nicht durch Verletzung der Menschenrechte erhöht werden." Die spanischen Missionare hätten neben ihrer kirchlichen arbeitwichtigen Aufgaben in Schulen und Spitälern erfüllt.

Für eine umfassendere Beleuchtung der ganzen komplexen Wirklichkeiten sei das überaus anregende, reich dokumentierte Buch von Erik von Kuehnelt-Leddihn "Amerika im Zwielficht, Nord- und Südamerikanische Eindrücke" (Johannes Verlag, Einsiedeln 1971) empfohlen, besonders auch für die Beleuchtung der theologisch-philosophischen Hintergründe der spanisch-englischen Konfrontation, der Leyenda Negra und der "Sage von den "humanen Briten" und vom "grausamen Spanier", auf die **Messori** eindringlich hingewiesen hat.

Übersetzung aus dem Italienischen, Anmerkung und Nachwort von **Gerhard Fittkau**. ...<< Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1992 berichtet im Mai 1992 über das Buch "Die Invasion der Armen" des deutschen Autors Jan Werner (x853/...): >>**Gigantischer ruinöser Asylschwindel**

Das Problem der Asylanten und illegalen Einwanderer beschäftigt zusehends die Öffentlichkeit. Da kommt Jan Werners Buch wie gerufen. Gegenüber den selbsternannten Wortführern einer "multikulturellen Gesellschaft" hat es den Vorzug, sich nicht auf Ideologien zu versteifen, sondern mit Fakten aufzuwarten. Dr. Hans-Werner Müller, so sein eigentlicher Name, ist als Gefolgsmann Helmut Schmidts sicher unverdächtig. Jahrelang war er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiter der Innenpolitischen Abteilung des Bundespresseamtes.

Er weist überzeugend nach, daß die komplexe Thematik meist völlig einseitig behandelt wird, wobei die negativen Aspekte weitgehend verschwiegen werden. So kamen allein 1990 knapp 200.000 Asylbewerber, die pro Jahr 1,64 Milliarden DM kosten.

Die geringe Anerkennungsquote von 3-5 % macht deutlich, daß es sich um Armutsflüchtlinge oder auch bloße Wohlstandsschmarotzer handelt (S. 70). Ähnlich wie in den USA, Frankreich und England stellen die ausländischen Jugendlichen ein besonders schwieriges Kapitel dar. Da sie häufig weder den Hauptschulabschluß noch eine berufliche Ausbildung schaffen, werden sie leicht zu "Gast-Arbeitslosen" und gleiten oft in die Kriminalität ab.

- Werner entlarvt die Idee einer "multikulturellen Gesellschaft" als ideologisches Geschwätz (S.41 ff.) Während es sich bei Ausländern aus der EG um nationale Ausprägungen einer umfassenden europäischen Kultur handelt, stammt die Masse der Asylanten aus der untersten, ungebildeten Unterschicht. Tatsächlich funktioniert die "multikulturelle Gesellschaft" nirgendwo in der Welt. Konkrete Beispiele sind u.a. die USA (vgl. die scharfen Gegensätze zwischen Weißen, Schwarzen, Lateinamerikanern), England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, die ehemalige Sowjetunion usw. Zudem lehnen Moslems/Türken jegliche Integration scharf ab (S. 255).

Sodann ist die Kriminalität der Ausländer viermal so hoch wie die der Deutschen. Tendenz steigend! (S. 101 ff.) Die zunehmende Straßenkriminalität ängstigt zusehends die Bürger. 1989 wurden 1.568.420 Fälle registriert. Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes von 1989 sind knapp 100.000 Ausländer in der Bundesrepublik Mitglieder extremistischer Gruppen. (S. 122). Dagegen spielt die RAF keine Rolle. "Das Drogengeschäft ist voll in den Händen der Araber." (S. 132)

Jeder Asylbewerber kostet pro Jahr im Durchschnitt 16.000 DM (S. 77)

- Nach dem der SPD nahestehenden ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Zeidler, ist die Bundesrepublik "das einzige Land der Welt, das sich ein solch umfassendes, gar nicht funktionsfähiges Asylrecht leistet." (S. 76) Und Helmut Schmidt stellte im Herbst 1981 fest: "Es war ein großer Fehler, so viele Ausländer ins Land zulassen." (S. 75) Seitdem nahm ihre Zahl um 900.000 zu! Grundproblem ist das Asylrecht. Ohne seine Änderung steuern wir auf ein Chaos zu. Die EG-Kommission rechnet in 10 Jahren mit Millionen "Asylbewerbern" (S. 75 ff.)

Zu Recht bezeichnete Engholm die Asylproblematik als "Existenzfrage für die Bundesrepublik und den ganzen Kontinent". (S. 79) Und Bundeskanzler Kohl forderte zu Beginn seiner Amtszeit, "die Zahl der hier lebenden Ausländer müsse halbiert werden." (S. 258)

Jedoch diesen richtigen Erkenntnissen folgten keine entsprechenden Taten. Die erste Quittung erhielten die Politiker bei den Landtagswahlen vom 5. April. Aber "wenn die Politiker nicht endlich handeln, steht zu befürchten, daß ihnen die Entwicklung entgleitet." (S. 258)

Mehr und mehr wehren sich die Bürger dagegen, daß die enormen Zahlungen von knapp 16 Milliarden pro Jahr an arbeitslose Ausländer andere Leistungen des Staates beeinträchtigen.

Dabei sind die Deutschen keineswegs hartherzig, vielmehr "Weltmeister im Spenden". (S. 78) So beträgt der jährliche Kulturretat insgesamt 7,7 Milliarden, das Kindergeld 11 Milliarden. Für Berufsschulen stellt der Staat 7,7 Milliarden, für Kindergärten 2,8 Milliarden zur Verfügung. Die hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden im Jahr 1991 macht deutlich, daß die Finanzierungsmöglichkeiten im Grunde bereits weit überschritten sind. Die Zeche werden unsere Kinder und Enkel zahlen müssen. (S. 91 ff.)

- Immer wieder fordern gesellschaftliche Gruppen das Wahlrecht für Ausländer. Jedoch hätte dies verheerende Folgen. Inzwischen bestimmen schon wenige Stimmen knappe Mehrheiten. Geschlossen abstimmende Gruppen, etwa Moslems/Türken, könnten über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Schon heute muß jeder Präsidentschaftskandidat in den USA ethnischen Minderheiten Zugeständnisse machen. (S. 256)

Fazit: "Wir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer (aus Nicht-EG-Staaten) in ihre Heimatländer zurückschicken müssen." (S. 256)

- Man mag nicht mit allen Lösungsvorschlägen Werners einverstanden sein. Überdenken sollte man sie auf jeden Fall. Sein Buch ist Pflichtlektüre nicht nur für alle Politiker und politisch Interessierte. Auch politisierende Geistliche aller Ebenen, Sozialverbände sowie kirchliche Lobbyisten einer ideologisch verstandenen, von ihnen mit "evangelischem" Pathos und Moralin geheiligten Betreuungs- und Einwanderungspolitik sollten ruinöse Fakten nicht chronisch verdrängen.<<

Der deutsche Studienrat a.D. Wolfgang Reith (von 1973 bis 2009 Lehrer und Schulleiter einer Hauptschule im Duisburger Norden, einem sozialen Brennpunkt) berichtet später (x863/...):

>>**Die verdrängte Deutschenfeindlichkeit**

... Von 1973 bis zu meiner Pensionierung 2009 war ich erst Lehrer und schließlich Schulleiter an einer Schule im Duisburger Norden (dort, wo seit zwei Jahren die bislang größte Moschee Europas steht). In den siebziger und achtziger Jahren waren die türkischen Schüler und deren Eltern voll integriert, die Schüler waren fleißig und strebsam, sie waren im Deutsch-Unterricht manchmal sogar besser als einige deutsche Schüler, weder gab es Schülerinnen noch Schülermütter mit Kopftuch.

Das änderte sich Ende der 80er Jahre, als nach und nach eine türkische Infrastruktur und damit eine gewollte Ghettoisierung im Stadtteil entstand und sich eine Parallelgesellschaft bildete, in der bald eigene Gesetzmäßigkeiten herrschten. 1988 überschritt die Zahl der türkischen Schüler an unserer Schule die 50-Prozent-Marke, und da wurden die ersten Forderungen erhoben, nun müßten sich die Deutschen assimilieren. Türkische Schüler der 10. Klassen betonten, im Geschichtsunterricht hätten sie gelernt, Demokratie heiße "Herrschaft der Mehrheit des Volkes", und weil nun die Türken im Stadtteil die Mehrheit bildeten, sollten sich die Deutschen ihnen anpassen, und Türkisch sei als gleichberechtigte Sprache neben dem Deutschen zuzulassen.

Tatsächlich gab es plötzlich türkischsprachige Formulare im Rathaus und in den Banken, und ebenso tauchten erste zweisprachige Schilder in der Öffentlichkeit auf. Man wollte sich betont "ausländerfreundlich" geben, und die Ausländer ihrerseits sahen keine Notwendigkeit mehr, die deutsche Sprache zu lernen. Kaum stellten die Türken die Mehrheit, bestanden sie darauf, daß bei Konferenzen übersetzt würde. Natürlich hing das auch damit zusammen, daß ab Ende der 80er/Anfang der 90er Jahren verstärkt Ehefrauen aus der Türkei importiert wurden (im Gegensatz zu den hier aufgewachsenen türkischen Frauen waren jene wenigstens noch nicht von der westlichen Kultur "verdorben"), die auch hierzulande nicht die deutsche Sprache erlernten, weil sie von ihren Ehemännern isoliert wurden.

Übrigens ließen in den letzten Jahren Eltern, die als Kinder selbst unsere Schule besucht hatten und jetzt ihre eigenen Kinder zu uns schickten, ihre Aussagen von Dolmetschern übersetzen. Wenn ich erstaunt fragte, warum sie dies täten, denn schließlich hätten sie doch an unserer Schule einen deutschen Abschluß erreicht, dann erhielt ich oft in radebrechendem Deutsch die Antwort, man habe zwischenzeitlich alles verlernt.

Bald trug auch die Mehrheit der türkischen Mädchen und Frauen Kopftücher – selbstverständlich "freiwillig", wie immer wieder betont wurde –, und wer das nicht tat, dem wurde gelegentlich vom Hodscha (islamischer Religionsgelehrter) gesagt, daß dies nicht nur unislamisch sei, sondern daß man als "nackt herumlaufende Frau" auch keine Chance habe, nach dem Tode ins Paradies zu kommen. Oft waren die Eltern fortschrittlicher im Denken als ihre Kinder, die nachmittags immer häufiger in die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Koran-Schulen gingen.

Die türkischen Lehrer, die seit 1980 für den muttersprachlichen Unterricht an unserer Schule tätig waren – in der Regel modern, europäisch gebildet und durchweg aus der Westtürkei

stammend –, wurden gerade deswegen von den rückständigen anatolischen Landsleuten nicht akzeptiert, sondern von vielen abgelehnt, weshalb mehr und mehr Eltern ihre Kinder vom Unterricht in der Muttersprache (!) abmeldeten.

Einen türkischen Lehrer, der in der Nähe von Izmir zu Hause war, meinten einige Schüler bei mir "anschwärzen" zu müssen, indem sie mir erklärten, der sei ja "halber Grieche" und deshalb nicht ernst zu nehmen. Eine türkische Kollegin wurde, weil sie kein Kopftuch trug, von den Eltern so unter Druck gesetzt, daß sie sich schließlich unter Tränen an eine andere Schule am Niederrhein versetzen ließ.

In den 90er Jahren kam es dann zu ersten antideutschen Handlungen. Es waren weniger körperliche Auseinandersetzungen, vielmehr wurden deutsche Schüler, aber auch manche Lehrerinnen wegen ihrer "unislamischen Lebensweise" als Schweinefresser, Schlampen (vor allem Mädchen, die bereits Freunde hatten), Ungläubige und schlimmstenfalls als Nazis beschimpft. Wenn ich bei Schulleiter-Konferenzen oder im Jugendausschuß der Stadt solche Probleme ansprach, wurde ich sofort ausgegrenzt, ja man bezichtigte mich einer offenkundig fremdenfeindlichen Haltung. Höchstens zwei oder drei weitere Schulleiter unterstützten mich, der große Rest hüllte sich in Schweigen.

In einer Nacht des Jahres 2002 wurde die Fassade der Turnhalle unserer Schule mit den Worten beschmiert: "Deutsche raus! Deutschland den Türken!" Wir benachrichtigten die Kriminalpolizei, die auch tatsächlich kam, doch erklärten mir die Beamten, es handele sich da um keine Straftat, und so gebe es auch keinen Anlaß zu ermitteln. Als ich Unverständnis bekundete, wurde ich belehrt, daß der Fall umgekehrt hätte laufen müssen: Wenn nämlich an der Wand die Worte "Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!" gestanden hätte, wäre dies ein Fall für den Staatsschutz gewesen.

Seit 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen einen Schulversuch mit "Islamischer Unterweisung" (seit 2006 "Islamkunde"), einem islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, an dem auch unsere Schule teilnahm, weil wir dies nicht nur für sinnvoll erachteten, sondern darin zugleich ein Korrektiv zu den zahlreichen Koran-Schulen im Umfeld sahen. Anfangs war es noch Neugier, die viele (nicht die meisten!) islamischen Schüler dorthin "trieb". Doch schon nach zwei Jahren ließ das Interesse merklich nach, ältere Schüler und vor allem Schülereltern beschwerten sich über diesen Unterricht, weil der (moderne) Lehrer "keinen richtigen Islam" lehre.

Obwohl ich jedes Jahr einen Bericht über den Schulversuch und seine Erfolge (Nichterfolge waren nicht vorgesehen!) vorlegen mußte und meine Beobachtungen sehr deutlich zum Ausdruck brachte, reagierte man amtlicherseits überhaupt nicht darauf. Statt dessen nimmt der Zulauf zu den Koran-Schulen und den Moschee-Vereinen im Stadtteil zu, und was dort "gepredigt" wird, ist hinreichend bekannt.

Die jetzt begonnene Debatte um dieses bisherige Tabuthema ist dringend vonnöten, und sie darf auf keinen Fall "ergebnis-offen" diskutiert werden. Deutschenfeindlichkeit muß endlich als das gesehen werden, was sie ist, nämlich als diskriminierende und kriminelle Handlungsweise vor allem islamischer jugendlicher Machos und Rambos, die glauben (und das auch sagen!), in Deutschland gebe es ja keine Gesetze, weil eine Demokratie eben ein freier Staat sei, in dem man ungestraft alles tun und lassen dürfe. Dieser Einstellung gehört dringend ein Riegel vorgeschoben.<<

Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtet später (während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt) über den Islam (x917/...):

>>**Der Griff des Islam nach Europa**

Bei der Beschäftigung mit dem "**Griff des Islam nach Europa**" dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa**, und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.

Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der **Islamrat für Europa** 1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:

"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

Universal Islamic Declaration, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift **New Horizon** in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im **Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD** Nr.7 Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.

Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"? Der **Islamrat für Europa** spricht von einer "Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, vergleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck "**Haus des Islam**" verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittet.

Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplitterungen; es waren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.

Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein. Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der **Islamic Conference Organisation (OIC)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten. Die **OIC** ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.

1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.

Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle. Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem **Koran**, nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran läßt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. **Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch.** Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.

In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu nennen. Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden. **Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht.** Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).

Das Ziel ist also eindeutig, aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden kön-

nen bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus, daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser **quietistische Islam**, der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam, der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt. Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die **Existenz Israels** im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat. Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, **daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse.** Dieser **Islamismus** ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. **ein Kämpfen für den Islam** unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen gegen die Gottlosen in Mekka kämpfte.

Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.

d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten, aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.

a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche Ordnung dar: Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt. Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur. Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der böswärtigen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man

fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.

c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.

d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimische Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.

Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelgesellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -

Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime. Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln ..."

Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten. Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.

Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ablehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen. Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.

e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch

nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.

f. Politischer Druck auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika und zwischen die Europäer zu treiben.

g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt. "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der so genannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Christen" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, missionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.

h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.

3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?

Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.

a. Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem **starken und selbstbewußten Islam** zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.

b. Offen erscheint mir die Frage, **ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat,** langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene europäische Christentum als Vorbild dient. Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubesinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.

c. Ist der Islam attraktiv für Europäer? Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemeine Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.

Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.

d. Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa **starke Gegenkräfte** gegen den Islam entwickelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan

nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.

e. Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, **ob es eine neue Reformation im biblischen Sinne** in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.

HINTERGRÜNDE

4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?

Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu **Andreas Baumann, Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?** Eine vernachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und **der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat**. Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? **Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt?**

Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa" nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evangeliums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!

5. Was ist konkret zu tun?

... **Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesellschaft, gefordert**, mit dem Islam ist auch eine politisch-rechtlich Aufgabe. Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen. Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.

b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten. Aber wir können helfen, daß bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.

c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen. Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.

d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in

Europa werden. Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.

e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime. Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahrhundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. ...<<

Daniel Hecker (Institut für Islamfragen) berichtet später (im Jahre 2005) über den Islam (x918): >>>Das Kopftuch als Uniform

Das Kopftuch kann unter vielen verschiedenen Aspekten betrachtet werden, z.B. unter religiösen, politischen und soziologischen Aspekten. Häufige Fragen lauten: "Was sagt der Koran über das Kopftuch?", "Hat das Kopftuch politische Bedeutung?" oder "Warum verbietet ein Land wie die Türkei das Kopftuch in Schulen und Universitäten, während der Iran das Tragen eines Kopftuchs gesetzlich festlegt?"

Es gibt darüber hinaus aber auch noch andere Betrachtungsmöglichkeiten. Das Thema Kopftuch kann auch unter dem Aspekt der Uniform betrachtet werden, und auch aus diesem Blickwinkel ergeben sich interessante Aspekte:

1. Die lexikalische Bedeutung der Uniform

Abgesehen vom Aussehen einer Uniform haben alle Uniformen gemeinsame Eigenschaften, die schon in der lexikalischen Definition des Begriffs enthalten sind. Eine Uniform ist:

1. einheitlich, einförmig
2. eine Bekleidung, die nach Stoffart, Farbe, Schnitt und Aufmachung einheitlich getragen wird, um eine gewisse Zusammengehörigkeit zu demonstrieren (Militäruniform, Postuniform).
3. Eine einheitliche vorschriftsmäßige Bekleidung ist besonders für Amtsträger (Soldaten, Polizisten usw.) von Bedeutung.

Zwei entscheidende Kennzeichen sind in diesen lexikalischen Definitionen enthalten:

- Der Wunsch, etwas gleich zu machen, indem Uniformträger einheitlich aussehen
- Der Wunsch, sich zu unterscheiden, indem zwischen einer uniformierten Gruppe und anderen Gruppen eine äußerliche Unterscheidung getroffen wird.

2. Verschiedene Gesichter der Uniform

a. Die Uniform des Kopftuches (oder: Übergewandes) im Koran:

Der Koran beinhaltet mehrere Verse, die offensichtlich eine Verschleierung (oder: Bedeckung) der Frau vorschreiben. Dabei sind der Wunsch, sich untereinander gleich zu machen und sich nach außen zu unterscheiden, die Basis der entsprechenden Koranvorschriften (s. Sure 33,59), um die Pflicht zum Tragen des Kopftuches bzw. des Übergewandes zu begründen:

- Sure 33,59 beginnt mit dem allgemeinen Befehl: "Sage, o Prophet, deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, daß sie ihr Übergewand (über ihr Antlitz) ziehen sollen, wenn sie ausgehen." Diese Anweisung betrifft alle Musliminnen; sie müssen alle ein Übergewand - die gleiche Uniform - tragen und auf diese Weise das gleiche Aussehen erhalten. Das macht sie äußerlich gleich, d.h. verwandelt sie in eine äußerlich gleich aussehende Gruppe.
- Der Vers geht weiter: "... damit man sie als ehrbare Frauen erkenne und sie nicht belästige." Durch eine äußerlich auffallende Aufmachung - Uniform - müssen sich Musliminnen von anderen Frauen, also nicht verschleierten Nichtmusliminnen, unterscheiden.

b. Die Uniform in utopischer Literatur

Die Uniformierung ist eine unentbehrliche Voraussetzung zur Gestaltung einer Utopie. Die Festlegung bestimmter standardisierter Maßnahmen soll ein besseres Leben ermöglichen, und zwar eine Utopie, ein Niemandsland. So gestaltet ein Schriftsteller eine "vollkommene Gesellschaft." Sie ist Ausdruck der Unzufriedenheit des Schriftstellers mit der Realität. so daß er

eine bessere, perfekte Lebensform erfindet, die in der Realität nicht durchsetzbar ist oder doch nur mit der Schaffung unmenschlicher Lebensumstände durchsetzbar wäre.

Eine Utopie bleibt eine Gesellschaft mit streng verbindlichen Regeln, die von einem Diktator (dem Verfasser der Utopie - den Menschen aufgezwungen werden. Der Diktator entscheidet über uniforme Standards wie die Bauten der Stadt, die Arbeitsplätze und -zeiten, die Anzahl der Kinder, ihre Kleidung usw. Keiner der Beteiligten darf gegen diese Regeln verstoßen, sonst gilt er als Außenseiter; weil er sich den von oben verfügbaren uniformierenden Regeln nicht unterwirft.

Auf der anderen Seite ist das Einhalten der uniformierenden Regeln keine freie Entscheidung. Wer in die Utopie hineingeboren wurde, muß sich den Regeln (Uniformen) des autoritären Schriftstellers unterwerfen oder sich auflehnen und strafbar machen.

Viele Schriftsteller lassen ihre Charaktere anhand äußerlicher Unterschiede zum Außenseiter werden, indem sie gegen die Uniformen verstoßen: Mike beschreibt sich in Robert A. Heinleins Fremder in einem Fremden Land: "Ich weiß, was los ist; ich bin weder ein Mensch noch ein Wesen aus März."

Weil er sich von den anderen unterscheidet, kann er weder im März noch auf der Erde integriert werden. In Aldous Huxleys Schöne Neue Welt hat John eine Haut, die zu weiß für die indischen Einwohner des Schutzgebiets ist, aber gleichzeitig sind seine Emotionen und sein Temperament im Welt-Staat unerwünscht. Er gilt in beiden Welten als ein Außenseiter. Und in William Goldings Herr der Fliegen ist Piggy dick und trägt eine Brille. Mit diesem äußerlichen Unterschied zu den anderen Kindern auf der Insel wird schon auf seine spätere Verfolgung und Tötung hingewiesen.

c. Die Uniform beim Militär

Als Soldat muß man sich anderen Leuten gegenüber entsprechend der Uniform, die sie tragen, verhalten. Menschen gelten in diesem Bereich aufgrund ihrer Uniform als Freunde, Feinde, Untergebene oder Vorgesetzte. Bestimmte standardisierte Symbole - Wappen, Sterne, Schwerter, Adler, Kronen o.ä. - zeigen den Rang eines Soldaten an. Die Persönlichkeit des uniformierten Mitsoldaten spielt keine Rolle bei Entscheidungen anderer Mitsoldaten ihm gegenüber, so z.B., ob ein anderer Soldat diesem gehorchen muß, ob er ihm befehlen darf, ihm helfen oder ihn gefangennehmen muß.

Entscheidend dafür ist die Kleidung des Uniformträgers, die seinen Rang und seine Gruppenzugehörigkeit angibt. Die Uniform symbolisiert den militärischen Rang, das Gesetz, das der Soldat vertritt oder auch die Haltung eines Staates einem anderen Staat gegenüber. Wer z.B. dem Befehl eines "höheren Uniformträgers" nicht gehorcht, macht sich damit strafbar. Die Uniform entscheidet letztlich über die Verhaltensweise des Soldaten anderen "Uniformierten" gegenüber.

Die Weigerung eines Soldaten, eine Uniform zu tragen, gilt fast in allen Armeen der Welt, insbesondere in Kriegszeiten, als strafbar, in manchen Ländern sogar als schweres Verbrechen. Solch eine gesellschaftliche oder staatliche Bestrafung beruht nicht darauf, daß die Uniform als eine Mode abgelehnt wird. Vielmehr wird die Ablehnung der Uniform als Weigerung aufgefaßt, das Gesetz des Landes zu respektieren, bzw. diesem Staat und seiner Gesellschaft einen wichtigen Dienst nicht zu leisten.

Im Großen und Ganzen erklärt sich ein Soldat durch seine Uniform dazu bereit, für den Staat - den Uniformgeber - zu kämpfen oder sogar zu sterben. Wer sich dagegen wehrt, erklärt damit seinen Protest gegen die Staatspolitik und Gesellschaftsnormen und muß mit Strafe rechnen. Die Uniform beim Militär ist Pflicht. Ist man in einem Land geboren, in dem kein Zivildienst möglich ist, muß man in einer ganz bestimmten Uniform - und nur in dieser - seinen Militärdienst leisten.

3. Das Kopftuch (oder Übergewand) als Uniform im Islam

a. Was bedeutet "Kopftuch"?

Während dieser Ausdruck in westlichen Ländern nur die "**Kopfbedeckung**" einer Frau meint, hat er im Islam eine viel allgemeinere Bezeichnung. Im Arabischen wird oft das Wort "**Hidjab**" als Bezeichnung für das Übergewand einer Frau verwendet. Es bedeutet "Bedeckung" und bezieht sich nicht lediglich auf den Kopf, sondern auf den ganzen Körper einer Frau. Daher ist die zutreffende Übersetzung für "Hidjab" eher "Übergewand" als "Kopftuch". Deshalb wird in diesem Artikel überwiegend das Wort "Übergewand" anstelle von "Kopftuch" verwendet.

Es gibt keine einheitliche Auffassung unter muslimischen Gelehrten über die "richtige" Form eines Kopftuches oder Übergewandes. Während manche muslimische Geistliche, die für eine Modernisierung des Islam eintreten, Musliminnen vorschreiben, ihren Körper bis auf das Gesicht und die Hände zu verhüllen, bestehen andere darauf, daß ein "richtiges" Übergewand den gesamten weiblichen Körper verhüllen muß, Hände und Gesicht eingeschlossen. Zum Beispiel: Im Iran sind Mantel und Kopftuch vorgeschrieben (Hände und Gesicht dürfen unverschleiert bleiben), in Saudi-Arabien die totale Körperverschleierung (Hände und Gesicht eingeschlossen), in Afghanistan zur Taliban Zeit war die **Burka** Vorschrift (auch Verschleierung des ganzen Körpers).

Im Jemen darf eine Frau ihr Gesicht unverschleiert lassen, aber viele Frauen tragen Gesichtsmasken.

Beide Gruppen belegen ihre Meinung anhand des Koran, der Überlieferung und der Biographie Muhammads. Beide Gruppen behaupten, das richtige Verständnis des vorgeschriebenen islamischen Übergewandes zu besitzen. Deshalb kommt es häufig vor, daß die Verschleierung einer Muslimin in bestimmten islamischen Ländern als "islamisch richtig" angesehen wird, während diese in anderen islamischen Ländern für "islamisch nicht akzeptabel" gilt.

Prominente Vertreter aus beiden Gruppen:

Scheich Mohammed Bin Othaimen (einer der bedeutendsten islamischen Geistlichen des sunnitischen Islam im 20. Jahrhundert): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern, ihr Gesicht und Hände eingeschlossen. Diejenigen, die einer Frau erlauben, ihr Gesicht und ihre Hände unverschleiert zu zeigen, belegen diese Ansicht anhand von Vorschriften, die nicht mehr gültig, d.h. ausgetilgt worden sind." (Die islamische Koranwissenschaft geht davon aus, daß später offenbarte Koranverse früher offenbarte aufheben).

- Ibn al-Abbas (Mohammads Vetter, der den meisten Muslimen als der beste Erläuterer des Koran gilt): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Sie darf nur ein Auge unverschleiert lassen."

- Ubaida al-Salmani (ebenfalls ein wichtiger Erläuterer des Koran): "Eine Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Nur ihr linkes Auge darf sie unverschleiert zeigen."

Scheich Abu Djihad al-Sughbi (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Theologe und Propagandist) führt folgende Eigenschaften des richtigen Übergewandes auf:

1. Es muß den ganzen Körper bedecken. Einige Rechtsgutachter haben die Hände (ab dem Handgelenk) und das Gesicht ausgeschlossen.
2. Es darf an sich kein Schmuck (nicht hübsch) sein.
3. Es darf nicht durchsichtig sein.
4. Es muß so breit sein, daß man die Konturen des Körpers nicht erkennen kann.
5. Es darf nicht parfümiert sein.
6. Es darf nicht der Kleidung der Männer ähneln.
7. Es muß sich von den Kleidern der gottlosen Frauen (Nichtmusliminnen) unterscheiden.
8. Es darf nicht aus Gründen der Berühmtheit getragen werden.

- Scheich Dr. Wahba al-Zuhaili (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Propagandist und Theologe): Eine Frau darf ihr Gesicht unverschleiert zeigen. Dagegen ordnet die Rechts-

schule von Imam Ahmad Ibn Hanbal die Gesichtverschleierung an.

b. Müssen auch muslimische Männer sich verschleiern?

Obwohl es in vielen islamischen Ländern unter muslimischen Männern üblich ist, verschiedene Kopfbedeckungen zu tragen, sind dies keine vom Islam verordneten Kopfbedeckungen bzw. Übergewänder, sondern **traditionelle Trachten**, die aus vorislamischen Zeiten stammen. Der Islam ordnet die Verschleierung nur für Frauen an. Die Verschleierung ist für muslimische Frauen ein Bestandteil ihrer religiösen Pflichten Allah gegenüber. Ein Übergewand zu tragen, ist also keine freie Entscheidung, sondern religiöse Pflicht für jede Frau, die dem Islam angehört.

c. Welche Frauen müssen sich verschleiern?

Jeder Mensch, der in eine muslimische Familie geboren wird, wird automatisch als Muslim aufgefaßt. Er gilt sein Leben lang als Muslim, selbst wenn er sich zum Atheisten entwickelt oder sogar zu einer anderen Religion konvertiert. Es gab und gibt kaum ein islamisches Land, in dem man seine "**ererbte**" Religion - den Islam - offiziell im Paß ändern lassen darf.

Daher muß jede Frau, die in eine islamische Familie hineingeboren wird, sich verschleiern, sobald sie ihre erste Menstruation gehabt hat oder sogar davor, wenn sie für Männer als anziehend eingestuft wird. In islamischen Ländern mit "liberaler" Einstellung werden unverschleierte Frauen in der Öffentlichkeit geduldet. In islamischen Ländern mit strenger staatlicher Einstellung dem Islam gegenüber werden Frauen gezwungen, sich in der Öffentlichkeit zu verschleiern, ja manchmal bedroht, beleidigt oder bestraft.

4. Konflikte im Zusammenhang mit dem Übergewand

a. Soldaten marschieren gegen verschleierte Muslimas

Der Konflikt wegen des Kopftuchs hat nicht in Frankreich oder Deutschland begonnen, sondern in etlichen islamischen Ländern. Immer wieder haben Regierungen islamischer Länder versucht, das Kopftuch bzw. die Verschleierung abzuschaffen, z.B. das iranische Regime unter **Reza Shah** (1925-1941).

Am 29.09.1981 zwangen Tausende von syrischen Soldaten in mehreren Städte Syriens - vor allem in Damaskus - im Zuge der damaligen Politik verschleierte Frauen dazu, ihr Kopftuch bzw. Übergewand abzulegen. Frauen, die sich dagegen wehrten, wurden von den Soldaten geschlagen und ihnen das Kopftuch (Übergewand) abgerissen.

Einige Tage später beschrieb der damalige syrische Präsident **Hafez al-Assad** in einer öffentlichen Rede das Kopftuch als: "ein Kleidungsstück, das nur von älteren Frauen getragen werden darf." Nach diesen Worten schallte das Fußballstadium, in dem die Rede gehalten wurde, von dem Ruf der Soldatinnen wider: "Wir wollen keinen Rückschritt mehr. Wir wollen unverschleiert gehen!"

Der Präsident der Türkei, Ahmet Sezer, kritisierte am 08.03.2004 diejenigen, die Frauen dazu ermutigen, das Kopftuch zu tragen. Für ihn gelten sie als "Menschen, die durch das Kopftuch versuchen, das demokratische, säkulare System der Türkei zu vernichten."

Er konkretisierte seine Aussage mit den Worten: "Die Thematik des Kopftuchs wird im Namen der Demokratie zur Debatte gemacht. Sie hat aber zu nichts anderem beigetragen als zur Behinderung unserer demokratischen Entwicklung."

Ähnliche Worte ließen z.B. **Mustafa Kemal Atatürk** (Türkei) oder **Habib Bourkeba** (Tunisien) verlauten.

b. Gründe für eine Ablehnung des Kopftuches/Übergewandes

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, könnte man auch fragen: Was ist der Unterschied zwischen dem Kopftuch oder dem Übergewand einer Muslimin und dem Gewand einer Nonne? Wieso protestiert kaum jemand, - selbst nicht in islamischen Ländern - gegen das Kopftuch einer Nonne, während es wegen des Kopftuches in nichtislamischen Ländern heftige Debatten gibt und in islamischen Ländern sogar islamischen Ländern z. T. sogar blutige Aus-

schreitungen.

Die Auseinandersetzung um das Kopftuch oder Übergewand ist kein Konflikt über unterschiedliche Geschmacksrichtungen, sondern ein Konflikt mit politischem, kulturellem, sozialem und religiösen Hintergrund.

Die Bedeckung versteckt nicht nur den Kopf oder Körper einer Muslimin, sondern **symbolisiert auch ihre Unterwerfung** den Lehren des Islams gegenüber. Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, hat damit erklärt, eine ganze Reihe von Vorschriften des Islam einzuhalten, die in nichtislamischen Ländern zu Konflikten führen können:

- Eine Muslimin muß prinzipiell ihre Rolle als eine von vier Ehefrauen ihres Ehemannes akzeptieren, denn der Koran erlaubt nach überwiegender Meinung die Ehe eines Mannes mit bis zu vier Frauen (Sure 4,3) (nur die Türkei und Tunesien haben die Vielehe gesetzlich verboten). Dagegen muß sie sich mit einem Ehemann begnügen. Da dieses islamische Recht der Vielehe in nichtmuslimischen Ländern nicht anerkannt ist, werden sich Musliminnen in solchen Ländern häufig ungerecht - nicht gemäß der islamischen Gesetze - behandelt fühlen.
- Eine Muslimin ist davon überzeugt, daß ihr Zeugnis vor Gericht nur halb so wert ist wie das Zeugnis eines Mannes (Sure 2,282). Daß ihr Zeugnis in nichtislamischen Ländern dem Zeugnis eines Mannes gleichkommt, muß für sie ungerecht und gegen Allahs Gesetz sein.
- Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, darf ihre Körperkonturen nicht sichtbar machen und ein Übergewand oder einen Mantel tragen. Damit kann sie manche Sportarten nicht ausüben, wie z.B. Schwimmen, Laufen, Gymnastik, alle Ballspiele etc. Muslimische Frauen sind damit von vielen olympischen Disziplinen ausgeschlossen. In nichtislamischen Ländern führt diese Haltung an Schulen zu Schwierigkeiten.
- Eine Muslimin muß damit rechnen, von ihrem Ehemann geschlagen zu werden, falls sie ihm gegenüber widerspenstig wird (Sure 4,34). Dagegen darf sie ihren widerspenstigen Ehemann nicht schlagen noch ihn schlagen lassen, falls sie ihm körperlich überlegen ist.

c. Andere mögliche Konfliktfelder

Hier könnten eine Reihe von Vorschriften, Lehren und Praktiken des Islam aufgezählt werden, die zum Konflikt mit Nichtmuslimen bzw. mit säkularen Regierungen in islamischen Ländern führen können:

- Der tägliche Ruf zum Gebet, mindestens fünfmal am Tag. Heutzutage benutzen die Moscheen in islamischen Ländern Lautsprecher, um möglichst im weiten Umkreis gehört zu werden. Dies ist für Nichtmuslime zumindest "gewöhnungsbedürftig", insbesondere, wenn es um den Ruf früh am Morgen vor Sonnenaufgang geht. In islamischen Ländern werden alle Nichtmuslime um diese frühe Tageszeit gemeinsam mit allen Muslimen aufgeweckt, obwohl sie - die Nichtmuslime - das islamische Gebet nicht verrichten müssen.
- Der Ruf zum Aufstehen mitten in der Nacht während des Fastenmonats Ramadan erschallt, um Muslimen zu ermöglichen, vor dem Sonnenaufgang noch einmal zu essen und trinken, bevor beides für den folgenden Tag bis zum Sonnenuntergang wieder verboten ist. Der Ruf muß früh genug vor dem Sonnenaufgang erschallen, damit Familien noch aufstehen und eine Mahlzeit zubereiten können.

Im arabischen Raum wird diese Aufgabe von Männern übernommen, die Misahhirati oder Musahher genannt werden. Diese Rufer werden staatlich angestellt und besoldet. Jeder von ihnen ist für ein bestimmtes Gebiet verantwortlich. Die Rufer gehen durch alle Straßen und Gassen des ihnen zugeteilten Gebietes, trommeln laut auf einer Trommel und rufen zum Aufstehen und zum Gebet. Oft geschieht das zwischen zwei und vier Uhr nachts.

Der Ruf muß so laut sein, daß Muslime, die im nächtlichen Schlaf liegen, aufgeweckt werden, aber natürlich wirkt sich das auch auf die nichtmuslimische Bevölkerung aus; abgesehen davon, daß im Fastenmonat das abendliche Mahl und die Besuche sich weit in die Nacht hineinziehen, also das gesellschaftliche Leben sich bis in die Nacht hinein abspielt.

- Ein Muslim soll sein Leben nur nach den Gesetzen des Islam ausrichten und darf eigentlich keinem staatlichen Gesetz gehorchen, das mit dem Islam und Allahs Geboten nicht übereinstimmt. In einer Publikation der islamistisch-extremistischen Partei "Hizbul Tahrir al-Islami" heißt es dazu:

"Demokratie beinhaltet die Trennung zwischen Religion und Leben d.h. zwischen Religion und Staat ... der Islam ist genau das Gegenteil. Er ist auf dem muslimischen Glauben gebaut. Dieser Glaube ordnet alle Angelegenheiten des Lebens und des Staates anhand der Gebote und Verbote Allahs. D.h. anhand des Shari'a, die im islamischen Glauben gründet. Der Mensch kann seine Ordnungen nicht selbst gestalten, sondern muß der Ordnung Allahs gehorchen."

5. Schwarzweißdenken

Mit dem Tragen der Uniform geht ein kollektives Zugehörigkeitsgefühl einher, Hingabe an ein höheres Ziel und Unterwerfung unter denjenigen, der die Uniform angeordnet hat, wie z.B. den Arbeitsgeber, Militärführer, Geistlichen.

Wenn ein Arbeiter seine Firmenuniform trägt, verdeutlicht er damit seine Bereitschaft, für diese Firma zu arbeiten und ihre Gesetze einzuhalten. Auch der uniformierte Soldat kämpft für seine Führer, die ihm die Uniform verordnet haben, für diejenigen, die an der Spitze der Hierarchie stehen und sein Verhalten bestimmen.

Ein Soldat fühlt sich stark unter seinen Mitsoldaten und Gleichuniformierten. Die kollektive Kleidung und seine kollektiven Pflichten (Übungen, Versammlungen, Marschieren usw.) machen deutlich, daß er der Gruppe der gleich aussehenden Mitsoldaten angehört. Sein eigenständiges Denken wird marginalisiert, sein Alltag und Verhalten werden nicht von ihm bestimmt, sondern von der "höheren Uniform". In Kriegszeit kämpft er auf Seiten der "gleichen Uniform" gegen die "andere Uniform".

Ebenso werden äußerliche Unterschiede bezüglich des Aussehens von Musliminnen durch das Kopftuch oder Übergewand verringert oder verwischt. Verschleierte Musliminnen haben die gleichen Silhouetten und keine Kopf- oder Körperkonturen mehr. Durch die Verschleierung können sie sich gegenseitig schnell als eine einheitliche muslimische Gruppe erkennen und ebenso schnell von anderen Frauen - Nichtmusliminnen - unterschieden werden.

Dieses kollektive Aussehen führt im Islam zur allgegenwärtigen Aufteilung in die Welt der Frauen der Verschleierten (Musliminnen) und der Unverschleierten (Nichtmusliminnen), was von vielen muslimischen Theologen und auch manchen Muslimen als Gruppe der "Gottesfürchtigen" und "Gottlosen" gleichgesetzt wird. ...

Der Autor:

Daniel Hecker wurde in einer traditionellen islamischen Familie geboren: Weder seine Familie noch die islamischen Geistlichen konnten seine Fragen über Gott überzeugend beantworten. Obwohl er sich zum Atheisten entwickelte, verrichtete er lange Jahre alle Pflichten des Islam. Er empfand tiefen Haß gegen alle Religionen und Gläubigen. Dennoch fing er an die Bibel zu lesen - die Lehre Jesu Christi schien ihm humaner als alles, was er in seinem Leben kannte. Dazu zeigte Jesus sich ihm deutlich durch mehrere Gebetserhörungen. ...<<

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtet später (am 24. Juli 2016) über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/...): >>**Der Islam: 548 Schlachten – 278 Millionen Tote**

Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?

Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.

Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29 April 2011.
Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.

Afrika

Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.

Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.

Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**

Christen

Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasien" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**

Hindus

Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien, Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**

Buddhisten

Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten. Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben. Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**

Juden

Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100% effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.

Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.

Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad getötet wurden.<<

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete später (am 22. März 2017): >>**Gott will Blut sehen**

Gewalt gehört zum Islam, sie ist im Koran angelegt und wurde von Mohammed vorgelebt. Das sagt der Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur

Eric Gujer.

Hamed Abdel-Samad wendet sich entschieden gegen die Entschuldigung, islamistische Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sie bedeute einen Mißbrauch der Religion. Im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer und der politischen Philosophin Katja Gentinetta sagt er:

"Es ist kein Mißbrauch der Religion, sondern ein Gebrauch. Denn die Religion schreit förmlich danach, gebraucht zu werden für Gewalt, weil es ein Bestandteil der Religion ist." "25 Tötungsbefehle gibt es im Koran, direkte Tötungsbefehle, wo Gott den Tod sehen will. Gott will Blut sehen." Und: "Mohammed war ein Krieger, lebte von Kriegsbeute."

Islam und Islamkritik

Auftrag aus dem Koran

Der Koran ist für Gläubige ein Auftrag, eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsieht:

"Das Buch hat eine ungeheure Macht. Der Koran wird von der Mehrheit der Muslime als die letzte direkte Botschaft Gottes für den Menschen betrachtet, mit einem politischen Auftrag, mit einem juristischen Manifest, mit einer Verfassung, wie die Menschen leben sollten. Wenn Gott zum letzten Mal spricht, dann hat das eine Macht. Viele Muslime, vor allem Islamisten, legen das so aus, daß sie diesen politischen Auftrag Gottes notfalls auch mit Gewalt in die Welt tragen müssen."

Hamed Abdel-Samad

Geboren 1972 in Kairo, war Hamed Abdel-Samad in Ägypten Mitglied der radikalislamischen Muslimbruderschaft. Mit der Auswanderung nach Deutschland kam der Sinneswandel. Heute gehört Abdel-Samad zu den resolutesten Kritikern des Islamismus wie des Islams.

Abdel Samad fügt an:

"(Den) Auftrag, Gottes Wort in die Tat umzusetzen – das haben nicht moderne Islamisten erfunden. Das steht im Koran, das hat Mohammed so vorgelebt, das haben seine Nachfolger so gelebt."

Freiluftgefängnisse

Wenn der Auftrag Gottes gemäß dem Koran vollzogen wird, führt das zu Unfreiheit in muslimischen Ländern.

"Die Religion insgesamt und ganz besonders der Islam neigt dazu, sich einzumischen in die privaten Angelegenheiten des Menschen. Wenn man diese Einmischung nicht unterbricht, dann kann aus diesem System ein Unterdrückungssystem entstehen." "Überall in der islamischen Welt, wo der Islam die Hauptrolle in der Gesetzgebung spielt, haben wir Freiluftgefängnisse."

Verdammung der Ungläubigen

Die Unterdrückung von Nichtmuslimen ist im Koran angelegt:

"Die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige, die Verdammung von Ungläubigen, das ist im Koran, das ist die islamische Geschichte seit dem Beginn."

"Der Islam geht davon aus, daß die Muslime eine erhobene Gruppe sind, die über der Menschheit steht. Es steht so im Koran. Es steht: Ihr seid die beste Gemeinschaft, die für die Menschheit je hervorgebracht wurde."

"Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen."

Die Folgen für das Zusammenleben:

"Hier beginnt das Faschistoide: daß man diese Ungläubigen verflucht, dämonisiert und ihre Existenzberechtigung in Frage stellt."

"Wenn Ungläubige als schmutzig oder als Schweine oder Affen gelten, wie es im Koran steht, dann fällt es einem Gläubigen schwer, mit diesen Ungläubigen einen normalen Umgang zu haben."

Geburtsfehler des Islams

"Der Islamismus ist nur eine konsequente Umsetzung dessen, was im Koran steht. Die Haltung gegenüber Ungläubigen, die Haltung gegenüber Gewalt – das ist eine Umsetzung des politischen Auftrags des Islams. Der Islam ist mit diesem politischen Auftrag geboren. Es gibt einen Geburtsfehler des Islams, nämlich die Vermischung von Glaube, Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung, und zwar seit der ersten Stunde."

Reformer haben Angst

Eine islamische Reform ist laut Abdel-Samad nicht in Sicht:

"Reform würde bedeuten, daß wir uns öffnen sollten, dem Westen gegenüber, vom Westen lernen sollten. Aber das würde aus islamistischer Sicht Selbstaufgabe bedeuten. Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen. Und wenn wir das nicht tun, durch Frieden oder durch gute Zusammenarbeit, dann geht der Plan Gottes nicht auf."

"Die Konsequenz muß sein, die Gewaltpassagen im Koran für ungültig zu erklären, zu sagen, sie spielen heute keine Rolle mehr für unsere Welt. ...<<

Juni 1992

BRD: Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im Juni 1992 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1992 (x853/...): >>Die

Gleichheit - auch ein theologisches Problem

Es dürfte ein Gemeinplatz sein, zu behaupten, daß die Menschen zwar nicht identisch, wohl aber "gleich", im Sinne von gleichwertig seien. Doch hüte man sich davor, wie uns schon Leon Bloy in seinem **Exegese des in lieux commung** gewarnt hatte, in Gemeinplätzen Wahrheiten oder Tatsachen zu sehen.

Doch sollte es eigentlich offenbar sein, daß wir eben nicht gleichwertig sind, da unsere Werke, die Produkte unserer Hirne und Hände, von einander sich sehr wohl qualitativ unterscheiden. Als Maler kann ich mich nicht mit Leonardo da Vinci messen und als Mechaniker sind mir meine Söhne überlegen. Auch hat meine Frau einen besseren Stil. Aber selbst dann, wenn man alle Talente, Fertigkeiten und Tugenden tatsächlich addieren könnte, wären die Endsummen verschieden, sogar oft sehr verschieden.

Da mag allerdings ein Flachkopf einwenden, daß dies zwar aus menschlicher Warte gesehen so sein möge, aber: "Vor Gott sind wir doch alle gleich: "Das aber sind wir, vom Kleinstkindstadium abgesehen, ganz und gar nicht.

Doch wie steht es da um die schönen al fresco gemalten Darstellungen des Jüngsten Gerichts in den mittelalterlichen Kirchen, auf denen man Päpste, Bischöfe, Fürsten, Bürger und Mönche sowohl himmelwärts gehend als auch in die Hölle versinkend sehen kann? "Soziale Unterschiede" werden da sicherlich keine gemacht, aber gerade vor Gott sind diese beiden Gruppen radikal ungleich. Steht das Gegenteil denn nicht in der Bibel? Keineswegs. Von *Isotes* im Sinne der Gleichheit hört man im Neuen Testament nichts (wohl aber von der Freiheit) und der Dominikaner R. L. Bruckberger nennt es sogar "eine Botschaft der menschlichen Ungleichheit."

Nun aber ist seit der Französischen Revolution die Gleichheit innerhalb unserer Zivilisation ein hohes Ideal geworden. Alles, was an eine größere menschliche Ungleichheit gemahnt, wird programmatisch verteufelt. Und da doch schließlich diesem Unsinn eine politische Ideologie zugrunde liegt, wird dieser irrealistische Gleichheitswahn in jeder Richtung aktiviert.

Es gibt heute keine politische, soziale, religiöse, wirtschaftliche, personale, ja animalische Domäne unserer Existenz, die nicht von der egalitären Manie erfaßt wird. (Es wird jetzt sogar von "Tierrechten" gesprochen, die aber noch nicht auf Bandwürmer, Spulwürmer und Zecken ausgedehnt werden.) Wenn aber diese fixe Idee tatsächlich erfolgreich werden sollte, würde die Menschheit in einen Ameisenhaufen oder Termitenhügel verwandelt werden.

- Hier müssen wir uns vor allem daran erinnern, daß die verschiedenen Teile unserer politi-

schen und sozialen Gesamtheit wie beim menschlichen Körper nicht nur verschiedene, sondern auch wichtigere und weniger wichtige Funktionen ausüben. Nicht jede Region des Gehirns ist genau so wichtig wie jede andere: Der Dünndarm spielt eine geringere Rolle als der Blinddarm, die Gallenblase als die Leber, der Magen als das Herz, die Finger als die Zehen. Dasselbe gilt für Staat und Gesellschaft, wo - sagen wir - die Verantwortung des Finanzministers größer ist als die des Kassierers eines Panoptikums in einem Vergnügungspark.

- Seien wir aber nun praktisch. Denken wir an die Familie. Vater, Mutter, Kinder werden "gleichgestellt". Gatte und Gattin können aber nicht unter sich wie in einem Parlament eine "Mehrheitsentscheidung" treffen. Einer wird den anderen "überstimmen". (Das aber erregt vielleicht schon ideologischen Unmut.) Kindern muß man Vorschriften machen und von ihnen Gehorsam verlangen.

Kein Unternehmen kann nicht hierarchisch geführt werden. Keine Fabrik kommt ohne Führungskräfte aus; keine Armee kann auf Gleichheit beruhen, ohne Autorität gibt es keine Schule, keine Klinik kommt ohne Leitung aus, keine Bank ohne Vorstand, kein Hotel, keine Eisenbahn, kein Klub, kein Theater ohne "Direktoren", also Personen, die, wie der Name sagt, eine Richtung festlegen.

Damit kommen wir auch zur Kirche. Natürlich glauben auch wir katholische Christen an ein allgemeines Priestertum. Selbst ein Laie mag taufen und in der Ehe dem Partner ein Sakrament spenden, also zwei Sakramente - wie der evangelische Pastor.

Aber Priester kommt von *Prexbyteros*, d.h. der Ältere, und "der Ältere" ist bei allen Kulturvölkern der mit größeren Rechten ausgestattete; denn auch im nichtsakralen Sinn ist er der Wissendere, Erfahrenere und daher auch der Weisere. Das drückt sich auch sprachlich von Lissabon bis Tokio aus.

Der Priester kann 5 Sakramente spenden, auch die Firmung in Vertretung des Bischofs, der ein Nachfolger der Apostel ist. (Der verheiratete Priester in unseren Ostriten hat *vor* seiner Weihe geheiratet.) Es ist der Bischof, der das Vollpriestertum besitzt.

- Es versteht sich "von selbst" (und nicht nur aus Matthäus XVI, 18), daß eine Weltkirche ein Haupt haben muß, einen Nachfolger des Apostelfürsten, der diese auf Erden leitet. Anders steht es um die "Landeskirchen" der anderen christlichen Gemeinschaften. (So ist der Präses der EKD ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter.)

Doch diese verschiedenen handfesten Tatsachen bereiten allen möglichen Leuten, ja, einem ganzen Sektor des "Publikums" schlaflose Nächte. Man ist darüber sehr unglücklich und hofft auf "Lösungen". (Wie sagte doch Rivarol: "Das Publikum! Das Publikum!

Wieviele Idioten braucht man, um ein Publikum zu bilden?") Aber warum verlangen heute wirklich so viele Menschen die Gleichheit? Woher kommt diese eigenartige Sucht?

Für diese Frage gibt es eine unmittelbare Antwort: Geschichtlich steht die Französische Revolution dahinter. Aber diese sollte uns nicht befriedigen. Der krankhafte Krampf der Gleichmacher ist nicht neu. Schon vor gut über 2.000 Jahren gab es den "Fall Sokrates", von dem man uns bereits im Gymnasium vormachte, daß dieser kritische Nörgler zum Tode verurteilt wurde, weil er die Jugend verführe und einen *Daimon(ion)* sein eigen nannte.

In diesem hochpolitischen Prozeß wurde jedoch der tragische Philosoph mit dem Tode bestraft, weil er die Vielherrschaft verdammt und die Monarchie gepriesen hatte. Die Demokratie Athens stand für die Gleichheit, und wer sich zu weit hinaufwagte, verfiel dem Scherbengericht, dem *Ostrakismos*.

Nein, die Ideen der Französischen Revolution zündeten, weil sie in Wirklichkeit nicht die Freiheit und die Brüderlichkeit förderten, sondern eben nur die Gleichheit. (Als Madame Roland zum Schafott gebracht wurde, rief sie aus: "Freiheit, was für Verbrechen werden in deinem Namen verübt!") Und als Metternich von den Greueln in der Vendee hörte, sagte er: "Wenn ich einen Bruder hätte, würde ich ihn jetzt lieber Vetter nennen!").

Der Zündstoff war also schon vorhanden und der bestand in einer dauernden menschlichen Schwäche: im Unwillen, daß andere auf irgendeiner Weise - durch angeborene Eigenschaften und Talente, durch ererbtes oder erworbenes Vermögen, staatliche oder gesellschaftliche Strukturen "über" einem standen - mehr waren, mehr hatten, als mehr galten. Dieser Unmut, diese Entrüstung und Enttäuschung, das zu einem Beleidigtsein, einem Gefühl des Neids und manchmal auch der Eifersucht führt, manifestiert sich bei allen möglichen Gelegenheiten.

So kann sich jemand ärgern, wenn ein Bekannter (ja, selbst ein "Freund") größer ist als man selbst, eine bessere schulische Bewertung erhält, eine schnellere Beförderung im Dienst, ein größeres Einkommen, eine deutlichere Bevorzugung beim anderen Geschlecht wenn nicht gar eine allgemeine Beliebtheit genießt, aber vor allem dann, wenn ein Mitmensch dadurch zu einer dominierenden Stellung gelangt.

Man kann sich da lebhaft vorstellen, wie provokant anno 1789 ein gut aussehender, reicher, von Frauen umschwärmter Aristokrat in hoher Stellung gewirkt haben muß. Daß man a) selbst zur Heiligkeit *berufen* ist, und b) der Beneidete nach seinem Tod vielleicht sehr zu leiden hätte, kam natürlich einem Ungläubigen gar nicht in den Sinn. Alle Ungleichheit mußte ihm als "unmoralisch" erscheinen, und der Ruf nach Gleichheit fand in ihm ein starkes Echo. Also Kopf ab! Die Guillotine wartete schon ...

Dieser Protest gegen alle Ungleichheit geht dann so weit, daß man große Vorteile eines anderen Menschen als wahren "Skandal" empfindet, auch wenn einem dadurch nicht der geringste Nachteil entsteht. So hat auf einer Berliner Straße während der roten Hochkonjunktur nach dem Ersten Weltkrieg ein Mann (vielleicht ein "Spartakist?") eine sehr schöne, ihm unbekannte Dame mit den Worten: "Nein, so schön darf man ganz einfach nicht sein!" gehohlet. Dabei konnte bei ihm doch das (unausgesprochene) idiotische Argument einer persönlichen Benachteiligung nicht ins Gewicht fallen. Ihre Schönheit ging doch gar nicht auf seine Kosten.

Das ist allerdings "normalerweise" das alte linke Argument jener Besitzlosen, die, überzeugt und moralisch entrüstet über den Reichtum anderer, der festen Überzeugung sind, daß deren materieller Wohlstand nur auf ihre eigenen Kosten gehen könne. Diesem Unsinn huldigte auch Marx - und daher auch der Siegeszug seiner primär so wirtschaftlich ausgerichteten Ideologie; denn die Massen fallen bekanntlich immer auf die "falschen, aber klaren Ideen" herein, vor allem aber in der Volkswirtschaft, die komplizierteste und kniffligste aller Wissenschaften.

II

Wenn man die ungeheuren persönlichen wie auch kollektiven Qualitätsunterschiede der Menschen vor Augen hat, kann man vernünftigerweise nicht von einem Durchschnittsbürger verlangen, daß er sich im Labyrinth der Volkswirtschaft auskennt oder auch in den Gefilden der Politik, einem Wissensgebiet, das mit einem ganzen Dutzend anderer Disziplinen im engsten Zusammenhang steht und genau wie die Volkswirtschaft isoliert überhaupt nicht verstanden werden kann ...

Nun aber leben wir seit zwei Jahrhunderten im Bann der Französischen Revolution, die eine *Civitas Humana* und nicht eine *Civitas Dei* angestrebt hatte. (Daher auch 1789 und 1793 die wiederholte "Erklärung der Menschenrechte" im Schatten der Guillotine!) Der Mensch sollte nicht mehr unter der Herrschaft "von oben" stehen - war das Schlagwort -, sondern "sich selbst" regieren.

Das erhoffte man sich entweder durch Beschlüsse von Volksversammlungen (wie in einigen kleinen Schweizer Kantonen) oder doch wenigstens durch frei gewählte Parlamente. Wer aber durfte, wer sollte wählen? Natürlich die "freien Bürger"! Anfänglich beschränkte man deren Anzahl, und so hatten in den jungen Vereinigten Staaten von den dreieinhalb Millionen Einwohnern nur etwas mehr als 60.000 Bürger das Wahlrecht.

Doch wurde es zunehmend klar, daß alle Wahlbeschränkungen willkürlich waren. Bis zum

Jahre 1907 (1908) gab es im alten Österreich (und in Preußen bis zum Oktober 1918) ein "Klassenwahlrecht", das sich nach der Höhe der Steuern richtete. Frauen durften damals nirgends wählen - außer im Großfürstentum Finnland, wo sie dank des von Nikolaus II unterschriebenen Dekrets schon 1906 ihre Stimme abgeben konnten - lange vor England oder den Vereinigten Staaten.

Mit dem Ende des Klassenwahlrechts kam der Sieg der Formel "*One Man: One Vote*", ein Mann - eine Stimme und bald auch eine zunehmende Herabsetzung des Wahlalters, denn Qualifikationen sollten nunmehr keine Rolle mehr spielen. Damit siegte auch die politische Gleichheitsideologie, die sich aber nicht bloß auf das Gebiet der Politik beschränken sollte; denn Ideologien haben einen dynamischen wie auch totalitären Charakter und wollen unbedingt in alle Lebensbezirke eindringen.

So empfand es der demokratisch gesinnte Sozialist (oder der sozialistisch gesinnte Demokrat) bald beschämend, daß der reiche Fabrikant in seiner teuren Equipage zum Wahllokal fahren durfte, der hungrige Arbeiter mit löchrigem Schuhwerk aber zu Fuß hinwanken mußte. Die Menschen waren doch alle "gleich" und wenn sie nicht wirklich als Gleiche leben konnten, so mußte dies durch Gesetze verwirklicht, und wo die Gesetze fehlten, dann durch Gewalt, also nicht durch den Stimmzettel, sondern durch Barrikadenkämpfe erreicht werden.

Heute aber gibt es kaum noch einen Existenzbereich, in dem man die Gleichheit nicht verwirklichen möchte, obwohl in Wirklichkeit immer noch die Verordnungen "von oben" her kommen.

Auch in den extremsten Wahldemokratien wird "von oben her" regiert, was freilich eine radikale Minderheit stört, wie z.B. die APO, die "Außerparlamentarische Opposition".

Man muß sich da aber vor Augen halten, daß "Herrschaft" erst durch die Erbsünde in die Welt gekommen ist - angefangen mit dem Vorrang des Mannes vor der Gattin. (Hierbei erwähnt die Heilige Schrift mit den Worten Gottes an Eva zum erstenmal eine Herrschaft: "Nach dem Mann wird dein Verlangen sein und er wird über dich herrschen!")

Zwar behaupten die meisten unserer Theologen, daß es auch ohne Erbsünde den Staat und nicht nur die Gesellschaft gegeben hätte, doch zählten wir in unserem Buch *Freiheit oder Gleichheit?* (Salzburg, 1953) die Gründe für den Dissens auf. So wie der Einzelne Eltern hat, hat er auch eine Regierung - eine rein existentielle Tatsache. Die illusorische "Selbstregierung" ist bestenfalls die Regierung einer Mehrheit über eine Minderheit und man gehört (zufällig) zur einen oder zur anderen. Wie "gut" ist aber eine solche "Selbstregierung"?

Sir Henry Campbell-Bannerman, britischer Premierminister und Gefangener einer Ideologie, erklärte allen Ernstes: "Eine Selbstregierung ist besser als eine gute Regierung." Das hieße aber auch, daß im Falle einer schweren Krankheit das eigenwillige quacksalbern besser wäre als die Behandlung durch erfahrene Ärzte.

Doch für moderne Wahlen mit dem "Ein Mann - eine Stimme" - Prinzip braucht man heute die Fiktion der menschlichen Gleichheit. Die neunzehnjährige Geheimprostituierte hat in geheimen Wahlen dasselbe "Gewicht" wie der 59-jährige Geheimrat und Jurist. Eine Alternative im Einklang mit den herrschenden Ideologien gibt es nicht. Doch, wie wir schon sagten: Beim Wählen (wie auch bei der parlamentarischen Abstimmung) bleibt das Gleichheitsprinzip nicht stehen.

III

Schon in einem früheren Artikel erwähnten wir Bestrebungen, auch die Kirche "egalitär" umzugestalten. Vielleicht gäbe es schließlich in diesem Wunschbild Nonnen, die Beichte hören, Bischöfe, die von Pfarrern oder von Laien gewählt werden, Damen, die die Messe feiern, Mesner, denen die Firmung obliegt und schließlich sollte man womöglich "beim Papst" zum Kaffeeklatsch eingeladen werden. Ich könnte mir vorstellen, daß es Linkskatholiken gibt, denen solche "Reformen" nicht unerwünscht wären.

Doch bei den Hochschulen, die einst eine Art "weltlicher Kirche" bildeten, hat man in dieser Richtung bedeutende "Erfolge" erzielt, ja selbst in Spitälern, Fabriken und dergleichen mehr gibt es heute ein "Mitspracherecht", wobei - was für unsere Gleichmacherei bezeichnend ist, die Eignung, also das Wissen und die Erfahrung außer acht gelassen werden. Will ja der Egalitarismus primär alle "Herrschaft" beseitigen und den früher einmal "Beherrschten" das Gefühl geben, daß er an der Herrschaft beteiligt werde, wobei ihm aber verschwiegen wird, daß er nunmehr für alle Entscheidungen irgendwie auch verantwortlich ist.

Doch gerade diese, wenn auch "mikroskopische" Verantwortung sollte vor der Öffentlichkeit durch den geheimen Charakter der Wahl aufgehoben werden. (Daher konnte man das NSDAP-Mitglied, nicht aber den NSDAP-Wähler bestrafen!) So ist dann das Ganze eine delikate Spielerei mit Ziffern und Zahlen, weshalb Jorge Luis Borges uns sagen konnte, er glaube nicht an die Demokratie; denn sie wäre doch nur ein kurioser Mißbrauch der Statistik.

IV

Wenden wir uns nun aber zum Schluß dem Gleichheitswahn theologisch zu; denn er ist ein religiöses Problem. Im alten katholischen Kulturkreis wußte man, daß man hier auf Erden einem "Stand" angehörte (der keine Kaste war) und auch verändert werden konnte, meistens durch eigene Entscheidungen oder eigenes Zutun. Man war ein Bauer, konnte aber in die Stadt ziehen; denn "Stadtluft und Bürgersein machte frei". Der Bürger konnte ein Priester oder Mönch oder auch geadelt werden.

Aber was immer man war oder wurde, man versuchte, es "ganz" zu sein - ein Bauer, ein bürgerlicher Handwerker, ein Mann der Kirche, ein Adeliger, und das Ganz-Sein hieß dienen, vor allem Gott und hier auf Erden einem Berufsideal und einem Berufsethos wie auch der Allgemeinheit, was praktisch auch einem Herrn zu dienen bedeutete.

Vergessen wir da nicht, daß ein Minister (also "Dienender") einen sehr hohen Rang hatte, daß die "aufgeklärten" absoluten Monarchen sich als "höchste Diener des Staates" betrachteten und daß selbst der Heilige Vater "*servus servorum Dei*", also "Diener der Diener Gottes" ist. Da gab es Kirche, Staat und Gesellschaft und darin füllte man als *Person* (und nicht als "Individuum", was fast ein Schimpfwort geworden ist) eine spezifische Rolle aus. (Erinnern wir uns daran, daß *persona* vom etruskischen *phersü* kommt, von der Maske des Schauspielers, der eine spezifische "Rolle" zu spielen hat!)

- Es versteht sich da von selbst, daß wir da auf Erden mehr oder weniger wichtige, persönliche Aufgaben oder "Rollen" haben. Wie im Theater gibt es da Hauptrollen, Nebenrollen und Statisten, wobei freilich selbst ein Statist ein Stück böswillig oder aus Dummheit völlig zerstören kann. (Der Generaldirektor einer Eisenbahn kann ein hochwichtiger Mann sein; aber der Weichensteller, der versagt, kann zahllose Menschenleben auf dem Gewissen haben!) "Diener" sind wichtig - für uns und auch vor dem HERRN.

So hatte auch der heilige Paulus nur Worte der Aufmunterung für Dienende wie auch für Sklaven in seinen Episteln, sie zur Treue gemahnt und nicht etwa zu einer lächerlichen "Selbstverwirklichung". (I. Korinther 7, 20-24, Epheser, 5, 8 Kolosser, 3, 22 bis 4, 1)

Doch der moderne ungläubige Mensch wiederholt das satanische *Non serviam* und beruft sich auf seine "Gleichheit", denn er leugnet die Ewigkeit und beschränkt seine Existenz auf das Erdenwallen.

Daher ist ihm seine radikal verkürzte Existenz *unter* einem Mitmenschen völlig unerträglich. Bezeichnend war da für mich im Jänner 1960 die Klage eines schwarzen Medizinassistenten in dem damals noch kolonialen Kongo. Er gestand mir, daß im nächsten Jahr die ersten schwarzen Ärzte promovieren werden. "Und dann," sagte er bitter, "wird mir einer dieser Leute Vorschriften machen können - dabei ist er aber genau so ein Schwarzer wie ich!"

- Nun lebt aber der moderne Ungläubige (wie wir alle) in einem horizontal ausgerichteten Universum, gefüllt mit angeblich "gleichen" Nebenmenschen, und nicht mehr in einer Ord-

nung, in der Gott-Vater im Himmel, der Heilige Vater in Rom, der Monarch als Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie "vertikal" herrschten.

Wie weit der egalitäre Horizontalismus in unserem Jahrhundert gehen kann, beweist die Aussage des ansonsten klugen Sozialistenführers und "Friedensmartyrers" Jean Jaures, der gesagt hatte: "Wenn sich Gott in sichtbarer Gestalt manifestieren würde, dann sollte sich der Mensch weigern, ihn als Autorität anzuerkennen, und mit ihm lediglich als Gleichem unter Gleichen diskutieren."

Auch wenn die menschlichen Ungleichheiten bei Gruppen einen eher statistischen Charakter haben, sind sie in der Regel recht deutlich vorhanden, doch für den modernen Menschen auch aus ideologisch-politischen Gründen inexistent oder "unerträglich".

Interessanterweise waren auch Marx, Engels und Trotzki überzeugt, daß alle Menschen alle erdenklichen Talente hätten. (Bei den Internationalen und Nationalen Sozialisten gibt es eine besondere Gleichheit und wegen des "Anderssein" wird jeweils eine andere Kategorie verfolgt und vernichtet.) Es ist zwar offensichtlich, daß der Watussi (Durchschnittsgröße 1 Meter 85) und der Bambuti (Durchschnittsgröße 1 Meter 50) im Laufen verschiedene Rekorde erzielen, auch daß Frauen und Männer, Weiße und Schwarze, Ostasiaten und Maoris jeweils andere Talente, andere Intelligenzquotienten, andere Stärken und Schwächen besäßen, diese aber zum Teil kulturell, zum Teil aber auch biologisch bedingt sind. Das wird auch von den neuesten Hirnforschungen bestätigt.

Doch wer diese nackten Tatsachen heute aufs Tapet bringt, ist ein Nationalist, Rassist oder "Sexist". Eigentlich müßte man auch den Vertreter der Max Weberschen These von der "Protestantischen Wirtschaftsethik" als engen, sektenhaften Fanatiker abkanzeln.

- Doch ist die Gleichheit, die offiziell mit allen Mitteln gefördert, finanziert, erzwungen, vorgeschrieben wird, praktisch doch immer nur Norm und Gesetz geworden, wie z.B. bei den Wahlen. Wenn es auf Leben und Tod, um wirtschaftlichen Erfolg oder Bankrott, um Sieg oder Niederlage geht, hört sich der Spaß auf.

Wer das Geld hat, wird sich im Falle einer schweren Krankheit den besten Arzt leisten, der sich auftreiben läßt. Er wird keinen Kassierer zum Bankdirektor ernennen oder die Armee vor einer Entscheidungsschlacht von einem Rekruten befehligen lassen. Chancengleichheit?

Ein leeres Schlagwort; denn man müßte dann bei der Erbmasse und der Erziehung innerhalb der Familie anfangen. Gleichheit vor dem Gesetz? Sollte der Hungerige, der in seiner Verzweiflung für seine Familie Lebensmittel stiehlt, genauso vom Richter behandelt werden, wie der Playboy, der stiehlt, um seine Spielschulden zu begleichen? Nicht Gleichheit ist Gerechtigkeit, sondern der Grundsatz: "Jedem das Seine."

Doch der nicht wirklich Glaubende leidet durch den Mangel an Gleichheit. Es schmerzt ihn wahrhaftig, unter der Kontrolle von Leuten zu stehen, die man als ihm überlegen betrachtet. Er ist darüber erbost, daß er sich nicht alles leisten kann wie sein Nachbar. Das heutige politische Modell schwebt ihm als Ideal vor.

In den Vereinigten Staaten ist man dem Beispiel Indiens nachgefolgt und läßt nunmehr auch Analphabeten wählen. So soll es aber überall im Leben sein; denn "wir sind ja alle gleich". Der Trost, daß mit dem Tod die Rollen völlig neu verteilt werden, ist für ihn nicht vorhanden. Somit ist für ihn auch das Leben sinnlos und "ungerecht" - alle Ungleichheiten sind doch Ungerechtigkeiten, oder nicht?

Was ihn da dauernd quält und peinigt sind die Mitmenschen, die ihn - so fühlt, ahnt und glaubt er - ein wenig verachten, hassen, übervorteilen, ihn verlachen, ihn übertreffen und in den Schatten stellen und dabei ist er "gerade so gut" wie alle anderen.

Gott ist für ihn tot, und so schaut er immer nur gebannt auf seine Nebenmenschen - nach rechts, nach links, nie aber "hinauf" oder in die weite Ferne. Bei dieser totalen Abhängigkeit triumphiert er zwar manchmal in diesem Tale der Tränen, doch meistens leidet er sinnlos bei

dieser Konkurrenz mit den angeblich so "gleichen" Mitmenschen; denn was sie von ihm denken, ist doch unwesentlich.

Nur was Gott von ihm denkt, ist entscheidend. All dies erinnert so sehr an Sartres Drama *Huis-clos*, das in der Hölle spielt, und in dem der traurige Held die verzweifelten Endworte spricht: "**Die Hölle - das sind die Andern.**"<<

08.07.1992

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1992: >>**Neue Berechnung bestätigt Zahl der ermordeten Juden**

Die Nationalsozialisten haben mindestens 5,29 Millionen und höchstens knapp mehr als 6 Millionen europäische Juden ermordet. Zu diesem Schluß kommt eine neue Studie des angesehenen "Instituts für Zeitgeschichte" in München.

Bei dieser Berechnung sei bereits mit berücksichtigt, daß im Vernichtungslager Auschwitz nicht - wie lange Zeit angenommen wurde - 4, sondern etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden.

Eine entsprechende Inschrift im Vernichtungslager war, wie berichtet, jüngst geändert worden. Die korrigierten Zahlen für Auschwitz seien dem Institut schon seit vielen Jahren bekannt und seitdem schon immer in die Berechnungen der Gesamtopferzahlen eingeflossen, sagte ein Wissenschaftler.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die korrigierten Opferzahlen des Vernichtungslagers Auschwitz (x046/181-182): >>... Im April 1990 hatte der Direktor des Staatlichen Museums in Auschwitz, Dr. Franciszek Piper, der überhaupt mehr zu wissen scheint, als er manchmal zu erkennen gibt, die auf 19 Gedenksteinen in 19 Sprachen angebrachten Inschriften zur Erinnerung an die Auschwitz ermordeten vier Millionen Juden heimlich entfernen lassen. Doch auch die von ihm nunmehr genannte Zahl von 1-1,2 Millionen sollte nur kurzen Bestand haben und wurde bald auf 800.000 reduziert. ...<<

31.07.1992

BRD: Die Stadtverwaltung der sächsischen Landeshauptstadt Dresden berichtet in einem Schreiben vom 31. Juli 1992, daß aufgrund von "gesicherten Angaben" bei den anglo-amerikanischen Luftangriffen wahrscheinlich 250.000-300.000 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, umgekommen sind (x046/327).

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 31. Juli 1992": >>... Die Enthüllung des Denkmals für den britischen Luftmarschall Harris im Frühjahr hat die Diskussion über die Terrorbombardements im Zweiten Weltkrieg wieder aufleben lassen. Das Beispiel der Zerstörung Hamburgs im Juli 1943 zeigt, wie sich der strategische Bombenkrieg auswirkte.

Die Entscheidung fiel am 14. Februar 1942: An diesem Tage wurde das Bomber Command der Royal Air Force (RAF) angewiesen, künftig seine Operationen gegen "die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, insbesondere der Industriearbeiter" zu richten. Damit hatte die britische Regierung unter Winston Churchill gegen starke Bedenken von Armee und Marine dem Drängen der Luftwaffe stattgegeben, dem, wie es inoffiziell deutlich und richtig hieß, "Terrorbombenkrieg" Priorität einzuräumen.

Denn man hoffte zu einem Zeitpunkt, da England über keine andere Offensivwaffe als das Bombergeschwader verfügte, den Feind "schnell und vernichtend" schlagen zu können, wenn man den Krieg durch wahlloses Bombardement in die am dichtesten bebauten Wohngebiete des Feindes trug. Das versprach der wenige Tage danach zum Befehlshaber des Bomber Command ernannte Luftmarschall Arthur T. Harris (später Sir Arthur) dem in der Klemme steckenden Premier.

Harris hatte nach dem Ersten Weltkrieg in Indien, im Irak und schließlich – während des englisch-jüdisch-arabischen Konflikts – in Palästina und Transjordanien Bombereinsätze geleitet, um, wie er sich später ausdrückte, "der britischen Armee die Vorzüge und den Rebellen die

Effektivität der Air Force beizubringen", das hieß, Aufstände niederzuschlagen und "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen.

Die Entscheidung zur "strategischen" Luftoffensive gegen Deutschland war aber gerade umgekehrt – ein Widerspruch, der Harris nicht störte – mit der Erwartung verknüpft, unter der Zivilbevölkerung Hysterie und Panik und sogar einen Aufstand gegen das Naziregime auszulösen.

Hatten nicht die Deutschen selber – ihre Politiker, Militärs und Historiker – immer wieder warnend und anklagend darauf hingewiesen, daß der Erste Weltkrieg durch den moralischen Zusammenbruch der Heimatfront, durch den "Dolchstoß" in den Rücken der Armee, verloren wurde? Warum sollte man dem Dolchstoß nicht durch Bomben nachhelfen können?

Unbestritten wären ohne die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch Hitler-Deutschland unsere Städte nicht zerstört worden. Allerdings wurde die englische Strategie des Luftkrieges schon Jahrzehnte vorher entwickelt. Diese Erkenntnis wird freilich dadurch erschwert, daß es Deutschland war, das mit massiven Bombenangriffen begann und somit den Briten den Vorwand lieferte, "die Handschuhe auszuziehen".

Die internationale Luftkriegsforschung ist sich aber darin einig: Die Bombardierung Coventrys im November 1940, der 554 Menschen zum Opfer fielen, war trotz blutrünstiger Reden Hitlers und trotz der englischen Kriegspropaganda kein Angriff im Sinne einer strategischen Terrorisierung der Bevölkerung.

Die englische Doktrin des "area bombing" läßt sich bis auf den Sommer 1917 zurückverfolgen, als deutsche Gotha-Bomber und Zeppeline über London erschienen und auf die unverteidigte Hauptstadt ihre Sprengladung abwarfen, wobei insgesamt mehr als 200 Menschen getötet wurden. England reagierte mit der Gründung einer von Armee und Marine unabhängigen Luftwaffe (Independent Air Force), welche die Voraussetzungen für Vergeltungsschläge schaffen sollte. Im Jahre 1923, als sich das englisch-französische Verhältnis rapide verschlechterte, wurde die Strategie der Städtebombardierung weiterentwickelt.

Die nach dem damaligen Stabschef der RAF, Lord Hugh Trenchard, genannte Doktrin ging von dem Gedanken aus, daß es infolge der Erfindung des Flugzeuges zum erstenmal in der Kriegsgeschichte möglich schien, einen Krieg zu gewinnen, indem man der gegnerischen Streitmacht auswich und die "feindliche Nation" direkt attackierte.

Wenn das militärstrategische Ziel war, möglichst viele Zivilisten möglichst auf einen Schlag zu töten, dann schien es schon aus Gründen moralischer Selbstrechtfertigung geboten zu behaupten, im modernen, durch die Technik bestimmten "totalen Krieg" gebe es keine Zivilisten mehr. In der Wirklichkeit wurde erst durch diese gedankliche Entgrenzung der totale Krieg möglich.

Da in der Trenchard-Doktrin die Strategie des wahllosen Bombardements mit der Unabhängigkeit der Luftwaffe eng verknüpft war, wurden auch solche Offiziere der RAF, die den Krieg gegen die Zivilbevölkerung ablehnten, immer wieder in die Loyalität mit den Hardlinern gezogen, um die Handlungsfreiheit der Air Force nicht aufs Spiel zu setzen. Darüber hinaus verhinderte und behinderte die Doktrin technische Entwicklungen für die Präzisionsbombardierung, so daß dieser Mangel später als (selbstinduzierter) Sach- und Entscheidungszwang zugunsten der Terrorbombardierung wirkte.

Im Grunde entsprach die Doktrin dem Minderwertigkeitsgefühl, das manche RAF-Offiziere vor den Kameraden der beiden älteren Teilstreitkräfte empfanden. Dies trifft besonders für Arthur Harris zu, dessen Bedürfnisse nach psychischer Kompensation sich wie ein roter Faden durch seine 1947 erschienenen Memoiren ziehen.

In Arthur Harris fand man den Mann an der Spitze des Bomberkommandos, der eine extreme Theorie der Destruktivität ohne Wenn und Aber in die Wirklichkeit umsetzte. Im Sommer 1943 schlug seine Stunde, die des "Schlächters", wie Harris von seinen Untergebenen genannt

wurde: "Ich hatte schon immer den Wunsch gehabt, Hamburg einmal wirklich und direkt aufs Korn nehmen zu können. Es war die zweitgrößte Stadt Deutschlands, und ich wollte dort einmal wirklich etwas Ungeheures veranstalten".

Sonntag, 25. Juli 1943, ein Uhr nachts: Beginn der "Operation Gomorrha". 600 britische Maschinen werfen eine Stunde lang in laufenden Wellen Brand- und Sprengbomben vor allem auf die Stadtteile Hoheluft, Altona, Eimsbüttel und die Innenstadt. 1.500 Menschen kommen ums Leben, soviel wie bei den 137 Luftangriffen auf die Stadt zusammen seit Ausbruch des Krieges. Doch ist dies nur der Auftakt zu dem Inferno, das zwei Tage später über Hamburg hereinbricht:

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, am 27./28. Juli 1943, greifen 800 britische Maschinen Hamburg von allen Seiten an. Innerhalb einer halben Stunde verwandeln sich die Stadtteile Rothenburgsort, Hammerbrook, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Eilbek und zum Teil Barmbek und Wandsbek in ein Flammenmeer. 35.000 bis 40.000 Menschen sterben allein in dieser Nacht: verbrannt, erstickt, durch Rauch vergiftet, durch Trümmer erschlagen – auf den Straßen, in den Schutzräumen. In den folgenden Stunden fliehen 900.000 Menschen, mehr als die Hälfte aller Einwohner, aus der Stadt.

Aus einem Bericht des Polizeipräsidenten: "Der über viele Quadratkilometer tobende Feuersturm hatte unzählige Menschen rettungslos eingeschlossen. Nur die entkamen dem Tode, die rechtzeitig eine Flucht gewagt hatten oder sich so nahe am Rande des Feuermeeres befanden, daß eine Rettungsmöglichkeit überhaupt bestand.

Nur wo die Wege zu rettenden Gewässern oder genügend großen freien Plätzen kurz waren, konnte jetzt noch eine Flucht gelingen, denn längere Wege in den glühend heißen, flammendurchloderten Straßen waren unmöglich.

Viele dieser Flüchtlinge kamen auch dann noch durch die Hitze ums Leben. Sie fielen um ... oder rannten tiefer ins Feuer hinein. Angehörige verloren sich, der eine konnte sich retten, die anderen sind verschollen ...

Unzählige sprangen in die Kanäle und Fleete und warteten hier schwimmend oder bis zum Halse im Wasser stehend durch Stunden hindurch das Abflauen der Hitze ab. Selbst diese aber trugen Brandwunden am Kopf davon. Der Feuersturm fegte mit Glut und Funkenregen über das Wasser, so daß selbst dicke hölzerne Pfähle und Pfahlgruppen bis zur Wasseroberfläche herunterbrannten. Manche dieser Unglücklichen ertranken. Viele sprangen aus den Fenstern ins Wasser oder auf die Straße und kamen so ums Leben."

Bis zum 3. August haben rund 3.000 englische und amerikanische Kampfflugzeuge insgesamt sieben Angriffe geflogen – die Engländer bei Nacht, die Amerikaner ergänzend mit Präzisionsabwürfen auf Werften und Raffinerien bei Tag – und große Teile der Stadt in Schutt und Asche gelegt.

Die Bilanz: mindestens 42.000 Tote (mehr als bei den Terrorangriffen auf Dresden am 13./14. Februar 1945; dort kamen 35.000 Menschen um), über 100.000 Verletzte, mehr als 40.400 Wohnhäuser zerstört, rund 225.000 Wohnungen schwer beschädigt, dazu 24 Krankenhäuser, 277 Schulen, 580 Industrie- und Rüstungsbetriebe, 3.000 gewerbliche Betriebe und Kontorhäuser. ...

Der Krieg aber ging weiter und war noch lange nicht zu Ende. Der britische Luftmarschall hatte sich geirrt. Doch Arthur Harris wäre nicht Arthur Harris gewesen, wenn er sich dadurch hätte beirren lassen: "Wir bomben weiter, eine Stadt nach der andern". Bis Dresden. Dieser Angriff im Februar 1945 war Harris' Idee. Churchill stimmte zu.

Aber schon am 28. März 1945 ließ der Premierminister Harris fallen und begann, eigene Spuren zu verwischen: "Mir scheint der Moment gekommen, wo die Frage der Bombardierung deutscher Städte einfach zur Steigerung des Terrors, jedoch unter anderem Vorwand, zu überprüfen wäre. Die Zerstörung Dresdens hinterläßt ernste Zweifel an der Art der alliierten Bom-

bardierung."

Harris dagegen versteckte sich später hinter einem "höheren Befehl", also den Churchills, hinter ungenannten militärischen Experten und hinter einer Ethik des Bombenkrieges, der zufolge es "human" war, die Jugend der eigenen Nation vor dem Verbluten in den Schützengräben zu bewahren und zunächst die Alten, die Schwachen, die Frauen und Kinder des Feindes zu töten. In früheren Kriegen sei es bei Belagerungen und Hungerblockaden nicht anders zugegangen.

Der Mann, der die gewaltigsten Feuerstürme der Kriegsgeschichte inszeniert und die meisten seiner Altersgenossen überlebt hatte, beschwerte sich 1981 – er war jetzt 89 Jahre alt – in einem Brief an den "Daily Telegraph" über die Bauern, daß sie die Stoppeln auf den Äckern abbrannten und den Sommer verdarben.

Der kanadische Luftkriegsexperte Alexander McKee bemerkt dazu: "Er erhielt von niemandem die passende Antwort."<<

20.08.1992

Kroatien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. August 1992: >>Ein schwarzes Kapitel jugoslawischer Geschichte

Massenhinrichtungen in Kroatien unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg

In Kroatien wird jetzt ein schwarzes Kapitel der jugoslawischen Geschichte aufgedeckt, dessen wahres Ausmaß noch gar nicht absehbar ist. Mit der Demokratisierung des Landes bricht eine Mauer des Schweigens in der Bevölkerung über das Schicksal Tausender von Menschen, die den kommunistischen Machthabern unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unbequem waren. ...

Allein in den dichten Wäldern von Macelj nördlich von Zagreb an der Grenze zu Slowenien wurden bisher 28 Massengräber entdeckt, in denen rund 2.000 Skelette vermutet werden. Nach den Worten des Vorsitzenden der Sonderkommission, Florijan Boras, werden allein in diesen schwer zugänglichen Wäldern mindestens 20.000 Opfer der Massenhinrichtungen durch Sondereinheiten der Tito-Partisanen vermutet.

Tausende von Soldaten der deutschen Wehrmacht waren auf ihrem Rückzug vom Balkan nur wenige Kilometer vor der rettenden Grenze durch den Kapitulationsbefehl am 8. Mai 1945 in Gefangenschaft geraten. Andere wiederum waren von den alliierten Besatzern in Österreich an Jugoslawien ausgeliefert worden. Aber auch Zehntausende von Kroaten - Soldaten des damaligen faschistischen Staates, Angehörige der Bürgerwehr, Familienangehörige - und Slowenen mußten den Weg aus dem vermeintlichen Schutz hinter der österreichischen Grenze in die Lager der neuen kommunistischen Machthaber antreten. Ein kurzfristiger Vorstoß der jugoslawischen Partisanen nach Kärnten trug zusätzlich zu der Racheaktion bei.

Nach den bisherigen Erkenntnissen wurden Männer, Frauen und Kinder von den Mitgliedern des 13. "Schwarzen" Bataillons der damaligen Geheimpolizei Dozna aus den Lagern rund um die Stadt Krapina, in denen die Menschen zuvor wochenlang dahinvegetieren mußten, geholt und in den Wäldern umgebracht.

Augenzeugen, die Jahrzehnte aus Angst vor Verfolgung geschwiegen hatten, berichten jetzt über die Ereignisse: "Die meisten Menschen mußten sich am Rand der Schluchten hinknien und wurden durch Schuß in den Hinterkopf getötet - die weniger glücklichen wurden mit Steinen, Äxten oder Spitzhacken erschlagen."

Die Untersuchungen der Experten scheinen diese Aussagen zu bestätigen.

Die Massengräber in den Wäldern von Macelj offenbaren aber wohl nur einen Teil der schrecklichen Wahrheit. Boras verfügt über Informationen, nach denen es auch in anderen Teilen Kroatiens Massengräber aus der Nachkriegszeit geben soll. "Die Gräber sollen in Istrien, Dalmatien, bei Zagreb und auch in Slawonien liegen", berichtete er. Seine Kommission könne aber nur exhumieren und dokumentieren, nicht identifizieren. ...<<

21.08.1992

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. August 1992: >>**Traum von der Wolga-Republik ist geplatzt**

Das Projekt der Wiedererrichtung einer Wolga-Republik ist nach Einschätzung des Verbandes der Rußlanddeutschen gescheitert.

"Die Wolga-Republik, dieser Traum ist geplatzt", sagte der Chef der Gesellschaft "Wiedergeburt", Heinrich Groth, am Donnerstag in Moskau. In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl und Rußlands Präsident Boris Jelzin schreibt Groth, es bleibe den fast 2 Millionen Rußlanddeutschen nur noch die Aussiedlung nach Deutschland.

... "Deutsche Steuergelder sollten nicht länger in den Sand der Wolga-Ufer gesteckt werden", forderte Groth. Etwa 1,5 Millionen Deutsche in der GUS säßen auf gepackten Koffern.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums wies die Äußerungen Groths zurück. Erst am 10. Juli sei von der deutschen und russischen Regierung ein Dreistufenplan zur Wiedererrichtung einer autonomen Republik unterzeichnet worden.

... Die Bundesrepublik hat im übrigen in den vergangenen 2 Jahren mehr als 150 Millionen DM an Aufbauhilfe geleistet. ...<<

29.08.1992

BRD: Die "Thüringer Allgemeine" berichtet am 29. August 1992: >>**Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte**

Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich

Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich.

Wolfen, Bitterfeld, Wismut-Region ... Die Liste ökologischer Katastrophengebiete auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ließe sich fortsetzen. Ob Silbersee oder Absetzbecken, der Uranaufbereitung – im Osten Deutschlands ticken ökologische Zeitbomben. Die einen lauter, die anderen leiser. In der Wismut-Region lautlos. Strahlung sieht man nicht. Also ist da auch keine Gefahr. Eine Einstellung, die in einem der einst weltgrößten Uranabbaugebiete der Welt, der sächsisch-thüringischen Wismut-Region häufig anzutreffen ist: "Es wird schon nicht so schlimm sein".

Doch die Schäden, die 40 Jahre Uranförderung und Uranaufbereitung hinterlassen haben, sind immens. Milliarden von Kosten, Milliarden Jahre Verseuchung sind die Bilanz eines strahlenden Abenteuers, das 1946 mit der Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut begann. "Uranabbau um jeden Preis, um das Atommonopol der USA zu brechen", lautete die Devise. Einziger Abnehmer war bis zum 31. Dezember 1990 die UdSSR. Für die in 45 Jahren produzierten 220 Kilotonnen Uran mußten rund 50 Millionen Tonnen Erz aus dem Boden geholt werden. 90 % davon waren Abfall. ...

Besonders die Absetzbecken geben Anlaß zu Sorge. In ihnen lagert ein hochbrisantes Gemisch aus Resten der Erzaufbereitung wie Uran 238 oder Uran 235 mit Halbwertzeiten von etwa 4 Milliarden bzw. 700 Millionen Jahren. Daneben finden sich auch giftige Begleitmetalle wie Arsen und Reste von Schwefelsäure.

Die größten Absetzanlagen befinden sich in Culmitzsch mit etwa 80 Millionen Tonnen Erzschlamm und in Helmsdorf mit etwa 50 Millionen Tonnen. Im Sommer, wenn der Wasserspiegel sank, erhoben sich schwarze Staubwolken. Diese Gefahr ist im Augenblick gebannt. In einer Sofortaktion wurden die Strände mit undurchlässigen Materialien abgedeckt, so daß der mit dem radioaktiven Edelgas Radon kontaminierte Staub nicht mehr durch die Luft weht.

Die Umgebung der Absetzanlagen wurde nicht nur durch den Radon-Staub belastet. Ein bislang unveröffentlichtes Gutachten stellt fest, daß "die Teiche bei Trünzig und Seelingstädt

ohne Basisabdichtung konstruiert wurden".

Freie Bahn für hochtoxisches Sickerwasser. Die Wismut schätzt nach Angaben der Gutachter die Sickerwasserrate für das gesamte Gebiet auf 138 Millionen Kubikmeter pro Jahr – aufgefangen wurden 1991 ganze 2 Millionen Kubikmeter. Einige Fachleute gehen inzwischen davon aus, daß die in diesem Jahr festgestellte Arsenbelastung einiger Trinkwasserbrunnen im Kreis Stadroda eine erste Auswirkung dieser unkontrollierten Ausbreitung ist.

Beseitigen läßt sich die Gefahr, die von den strahlenden Seen ausgeht, nicht. Einige Substanzen werden noch in Milliarden Jahren ihre tödliche Strahlung abgeben. Deshalb müssen die Anlagen im Rahmen der Wismut-Sanierung so gesichert und abgedichtet werden, daß sie in ihrer Umgebung so wenig wie möglich Schaden anrichten. Wie das geschehen soll, darüber scheiden sich im Moment noch die Geister.

Schneller dürfte es bei der Sanierung der Halden vorangehen. Der Abraum, der noch Uranerz enthält, wurde über Jahrzehnte auch in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten abgekippt. Auf Halden des jahrhundertealten Silberbergbaus in der Region, die zu einem großen Teil auch Uranerze enthalten, wurden Häuser gebaut – oft gar mit dem Haldenmaterial selbst. Besonders diese Halden sollen so schnell wie nur irgend möglich abgetragen oder abgedichtet werden.

Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind.

Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung.

Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<

07.09.1992

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 1992: >>Vertriebene dringen auf Entschädigung auch in ehemaliger DDR

... Die mehr als 100.000 Mitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV) in den neuen Bundesländern fühlten sich zu "Menschen zweiter Klasse degradiert", sagte der stellvertretende Bundes- und thüringische Landesvorsitzende der Organisation, Paul Latussek, am Wochenende in Dresden beim "Tag der Heimat", einer Großveranstaltung des sächsischen Landesverbandes. Nach seinen Worten ist der BdV "schwer enttäuscht" von Bonner Politikern aller Parteien, weil noch immer keine angemessene Form des Lastenausgleichs für die Vertriebenen in der ehemaligen DDR gefunden worden sei. ...

Während die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach 1949 in der Bundesrepublik eine differenzierte Entschädigung für ihren verlorenen Besitz in der Heimat erhalten hatten, wurde ihren Leidensgenossen in der DDR eine Erfassung oder gar Wiedergutmachung verweigert. Der Einigungsvertrag von 1990 klammerte das Thema aus. Der BdV verlange "keine Almosen, sondern eine Korrektur des Unrechts", meinte Latussek in Dresden. ... Angesichts des hohen Alters der Anspruchsberechtigten sei eine weitere Verzögerung unzumutbar ...

Die Haltung der BdV-Führung zur Anerkennung der deutschen Ostgrenze an der Oder und Neiße bleibt undurchsichtig. Latussek sagte in Dresden, sein Verband nehme die Ostverträge zur Kenntnis, "gibt aber die Mühe um eine Verbesserung nicht auf". Gleichzeitig warnte er davor, "die Rechtsposition des BdV aufzugeben". Die Vertriebenenorganisation beharrt bislang darauf, die an Oder und Neiße gezogene Grenze entspreche nicht einwandfreiem Völkerrecht und sei deshalb auch nicht hinzunehmen. "Wir müssen diese Haltung wahren, bis unter

Beteiligung der Vertriebenen als Betroffenen neues Recht geschaffen wurde", meinte Latussek.

Herbert Hupka, seit langem Sprecher der Schlesischen Landsmannschaft wurde in Dresden deutlicher: "Die Oder-Neiße-Grenze ist eine von Stalin gewaltsam gezogene Linie. Jetzt ist das Sowjetimperium zusammengebrochen - warum muß die Grenze jetzt fortbestehen?" Bisher sei noch nicht in Freiheit über die Zukunft der Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße entschieden worden, betonte der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete, der 1972 aus Protest gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel von der SPD zur CDU gewechselt war.

Hupka bemängelte das Verhalten vieler deutscher Politiker, die heute zwar die Vertreibung von Bosniern durch die Serben anprangerten, jedoch "nach wie vor zur Vertreibung der Deutschen schweigen".

In Polen, wo in den oberschlesischen Gebieten nun auch wieder deutsch als Muttersprache zugelassen werden soll, gebe es eine "Kampagne gegen eine drohende Germanisierung". Anders als in der sächsischen und brandenburgischen Oberlausitz, wo der Minderheit der Sorben die Zweisprachigkeit auf Ortsschildern zugestanden werde, fehle so etwas für die 800.000 Deutschen in Oberschlesien noch immer.

Vom "Recht auf Heimat und auf Eigentum" hätten auch die Repräsentanten der Tschechoslowakei noch nicht gesprochen, obwohl die Vertreibung der Sudetendeutschen nach 1945 dort inzwischen immerhin beim Namen genannt werde, meinte Hupka.<<

28.09.1992

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (40/1992) berichtet am 28. September 1992 über das Buch "Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. Dokumentation, Zeugenberichte" des deutschen Journalisten Michael Klonovsky und des deutschen Historikers Jan von Flokken: >>**Straflager: Vorhöfe zur Hölle**

In Ostdeutschland werden Massengräber freigelegt: Zehntausende von Deutschen fielen Stalins Gulag in der Sowjetischen Besatzungszone zum Opfer.

Oberstleutnant Jochen Kindermann, 51, machte eine grausige Entdeckung. Bei Grabungen in der Nähe der berüchtigten Haftanstalt Bautzen stieß der Offizier auf Überreste eines menschlichen Schädels. Es sei "bedrückend", klagte Kindermann, wie man "unserer jüngsten Geschichte auf die Spur" komme.

Auf Spurensuche ist Oberstleutnant Kindermann vom Verteidigungsbereichskommando 76 aus Dresden, gemeinsam mit 13 Bundeswehrsoldaten, seit einigen Wochen. Geforscht wird, wie vielerorts in Ostdeutschland, mit Unterstützung von Häftlingskomitees und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, nach Opfern aus Massengräbern sowjetischer Internierungslager.

Nach zufälligen Skelettfunden im Frühjahr 1990 barg, bei systematischen Grabungen, der Suchtrupp in Bautzen vor zwei Wochen weitere Gebeine. Das eigentliche Massengrab mit bis zu 16.000 Toten liegt vermutlich in unmittelbarer Nähe der Gefängnismauer und wird demnächst gehoben.

Im ehemaligen KZ Sachsenhausen bei Oranienburg wurde das Panzerbataillon 801 fündig - nicht weit entfernt von der KZ-Gedenkstätte. Das Ergebnis, vergangenen Mittwoch bekanntgeworden: 50 Massengräber. Daß es sich um Tote aus den Jahren 1945 bis 1950 handelt, ist so gut wie sicher. 1.000 Skelette, so das brandenburgische Innenministerium, das die Grabungen veranlaßt hatte, seien bereits untersucht worden. Eindeutiger Befund: "Alles Häftlinge aus der sowjetischen Lagerzeit." Die meisten seien verhungert oder an Krankheiten gestorben; einige sind, wie die Knochenanalyse ergab, auch gewaltsam umgekommen.

Aus den Gräbern, jeweils sieben Meter lang und dreieinhalb Meter breit, förderten Bundeswehrsoldaten bis zu fünf Meter tiefe Gebeinschichten zutage. Mindestens 12.500 Opfer stali-

nistischer Gewaltherrschaft wurden auf dem Gelände verscharrt; andere Schätzungen reichen bis 20.000.

Jahrzehntelang wurden in der DDR diese Relikte des sowjetischen Schreckensregiments totgeschwiegen. Noch in der Gorbatschow-Ära lehnte Moskau jede Verantwortung für die Greuel ab.

Von einer "zielgerichteten physischen Massenvernichtung von Häftlingen", hieß es lapidar in einer Denkschrift des sowjetischen Innenministeriums im Sommer 1990, könne nicht die Rede sein. In den Lagern hätten vielmehr, so die offizielle Lesart, "erträgliche Haftbedingungen" geherrscht. Zu dieser Zeit waren die ersten Gräber schon entdeckt.

Die Massengräber werfen immer längere Schatten über die Gründungsjahre der DDR. Sie dokumentieren das düsterste Kapitel Moskauer Besatzungszeit in Ostdeutschland: die Lagerherrschaft der sowjetischen Geheimpolizei NKWD.

Sachsenhausen und Bautzen waren zwei von elf Speziallagern, die das NKWD gleich nach Kriegsende 1945 einrichtete. Skrupellos machten die roten Herrscher dabei vom NS-Erbe Gebrauch und nahmen soeben befreite KZ wie Sachsenhausen und Buchenwald für ihre Zwecke in eigene Regie.

Zehntausende von Deutschen gingen in den Internierungslagern an Seuchen, Kälte und Hunger jämmerlich zugrunde. Allein in Bautzen sollen es nach Schätzungen 16.000 gewesen sein. Insgesamt fielen, bis zur Auflösung der letzten Lager 1950, rund 60.000 der 180.000 Häftlinge dem importierten Gulagsystem zum Opfer. Die ganze Wahrheit liegt noch in sowjetischen Archiven.

Angst und Schrecken der Speziallager wirkten: Die Bevölkerung wurde eingeschüchtert und für die politischen Ziele der Besatzungsmacht gefügig gemacht.

In die Lager kamen nicht nur Nazis und Handlanger des Hitler-Regimes, eingesperrt wurde willkürlich. Wer den sowjetischen Machthabern und ihren SED-Genossen politisch im Wege stand, mußte jederzeit mit seiner Verhaftung rechnen.

"Unter dem Deckmantel der Entnazifizierung", schildern die Autoren Jan von Flocken und Michael Klonovsky den Lagerterror, zielten die "politisch motivierten Säuberungen" auf die kommunistische Machteroberung.

Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ("Bestrafung von Kriegsverbrechern") - und Maßnahmen gegen diejenigen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind"; vage Bestimmungen, die nach Gutdünken ausgelegt werden konnten.

So traf es zwar zahllose kleine Nazis, Mitläufer und Büttel des braunen Regimes. Hinter Stacheldraht landeten aber ebenso Sozialdemokraten, bürgerliche Oppositionelle und aufmüpfige Kommunisten, wie etwa der Ost-Berliner Stadtrat Ewald Pieck, Bruder des späteren ersten DDR-Staatspräsidenten. Tausende von Jugendlichen wurden interniert, weil sie angeblich im "Werwolf" gekämpft hatten, Hitlers letztem vergeblichem Kamikaze-Aufgebot.

Sogar Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus saßen, etwa Justus Delbrück, ein Mitverschwörer beim Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944, und Horst von Einsiedel, der dem oppositionellen "Kreisauer Kreis" angehört hatte und 1946 in Sachsenhausen umkam.

Viele wurden Opfer von Denunziationen oder Verwechslungen. Wenn ein Gefangenentreck "durch Flucht oder Erschöpfungstod geschrumpft war", schilderte ein Augenzeuge, "wurden beliebige Passanten gewaltsam eingegliedert".

Geständnisse, oft mit Prügel und anderen Torturen erzwungen, genügten zur Verhängung drakonischer Strafen. "In der Regel fanden Vernehmungen in der Nacht von 20 Uhr bis gegen 5 Uhr morgens statt", berichtete der frühere Bautzen-Häftling Manfred Wächter. "Oftmals wurden die Verhörten so zugerichtet, daß sie sich kaum noch allein fortbewegen konnten." Einem Kriegsversehrten mit Beinprothese "hatte man beim Verhör den Stumpf so bearbeitet, daß er nur noch ein Blutklumpen war".

Zwar verübten die Sowjets, anders als die Nazis in den KZ, keinen systematischen Massenmord; aber Unterernährung, Frost und katastrophale hygienische Verhältnisse sorgten für massenhaftes Sterben. Bei 300 Gramm Brot täglich und Wassersuppe magerten die Gefangenen zu lebenden Skeletten ab, so daß die "Mütze beim Herabrutschen an den Backenknochen hängenblieb", wie ein ehemaliger Häftling sich erinnert.

"Andere", so ein Überlebender aus Sachsenhausen, dem größten NKWD-Lager, "wurden immer dicker und füllten sich mit Wasser." Als es bis in die Lungen hochstieg, ertranken sie "unter tagelangem Röcheln".

Wie "Knüppelholz" habe es geklungen, "wenn die froststarrten toten Körper entkleidet auf den Wagen geworfen wurden", beschreibt Kurt Noack, der drei Jahre Lager-Odyssee durchlitt, den Leichentransport zu den Massengräbern, in denen die Opfer verscharrt wurden. Von den Häftlingen der Beerdigungskommandos, lästigen Mitwissern, wurden die meisten in Arbeitslager in die Sowjetunion deportiert oder erschossen.

Nicht nur physisch, auch psychisch richteten die "Vorhöfe zur Hölle" (Noack) die Insassen zugrunde. Ohne jeglichen Kontakt selbst zu nächsten Verwandten - Post, Radio und Zeitungen waren ebenso verboten wie Arbeit - dämmerten die Häftlinge, isoliert von der Außenwelt, jahrelang apathisch vor sich hin.

Erst im Sommer 1948, nachdem die Sowjets in ihrer Zone die Entnazifizierung für beendet erklärt hatten, kam Hoffnung auf. Die Lager wurden nach und nach, bis auf Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen, aufgelöst, die Hälfte der Gefangenen, rund 28.000, entlassen.

Doch etliche hatten noch ein jahrelanges Martyrium vor sich. 1950, als die letzten sowjetischen Lager geschlossen wurden, übergaben die Besatzer rund 15.000 Häftlinge den DDR-Behörden. Fast 3.500 davon gerieten - "zur Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der DDR" - ins Räderwerk der Waldheimer Willkür-Prozesse (SPIEGEL 37/1992).

Moskaus Erfüllungsgehilfen wußten, was sie ihrer Schutzmacht schuldig waren. Eilfertig demonstrierten sie äußerste Härte und verhängten hohe Freiheitsstrafen. Im 15-Minuten-Takt wurde über die Angeklagten, die nie ein schriftliches Urteil sahen, schnellgerichtet. Ein Opfer über die SED-Richter: "Die lachten."<<

15.10.1992

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Oktober 1992: >>**Jelzin übergibt Katyn-Akte**

... Der russische Präsident Boris Jelzin hat Polen bisher geheimgehaltene Dokumente der sowjetischen Parteiführung zur Ermordung von 14.700 polnischen Offizieren und etwa 11.000 polnischen Zivilisten 1940 in den Wäldern von Katyn und anderen westlichen Gebieten der damaligen UdSSR übergeben. ...

Walesa nahm am Mittwoch die Papiere mit den Worten entgegen: "Wir sind Zeugen der Übergabe der wichtigsten Dokumente, die das grausamste Verbrechen gegen die polnische Nation betreffen. Meine Knie zittern."<<

19.10.1992

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (43/1992) berichtet am 19. Oktober 1992 über das Buch "Stella" des US-Journalisten Peter Wyden (1923-1998): >>**Was hätte ich getan?**

Ein jüdischer Emigrant bricht mit einem Tabu der Holocaust-Forschung

Goebbels war entrüstet, sein Ehrgeiz, die Reichshauptstadt endlich "gänzlich judenfrei" zu machen, noch nicht befriedigt. Die "Fabrik-Aktion", bei der am 27. Februar 1943 SS und Gestapo 7.000 jüdische Zwangsarbeiter direkt aus den Rüstungsbetrieben holten und nach Auschwitz deportierten, hatte sich in seinen Augen als "Schlag ins Wasser" erwiesen.

Für den Reichspropagandaminister stand fest: "Unsere Aktion ist vorzeitig verraten worden,

so daß uns eine ganze Menge von Juden durch die Hände gewischt sind." Aber, so notierte er in sein Tagebuch: "Wir werden ihrer doch noch habhaft werden."

Die Jagd auf die letzten Juden in Berlin begann.

Von den etwa 175.000 Juden, die 1933, zu Beginn der Nazi-Herrschaft, in Berlin gelebt hatten, waren kaum mehr als ein Zehntel übriggeblieben. Etwa 5.000 davon fristeten eine äußerst bedrohte Existenz im Untergrund. Nicht einmal die Hälfte dieser sogenannten U-Boote tauchte nach Kriegsende wieder aus der Illegalität auf.

Wer es damals geschafft hatte, sich den Nazi-Häschern zu entziehen, war angewiesen auf die Unterstützung nichtjüdischer Helfer und lebte unablässig in der Angst, entdeckt zu werden. Die Juden im Berliner Untergrund waren ständig auf der Suche nach "Adressen", nach Dachböden und Kellerräumen, nach Werkstätten oder Gartenhäusern, wo sie Unterschlupf finden konnten. Geplagt von Verzweiflung und Hunger, mußten sie Geld für etwas Eßbares und gefälschte Ausweispapiere auftreiben. Polizei- und SS-Streifen waren hinter den "U-Booten" her, Kontrolleure suchten die Luftschutzbunker nach ihnen ab, habgierige oder fanatische Denunzianten verrieteten sie an die Behörden.

Bei der Jagd nach den Untergetauchten bediente sich die Gestapo auch deutscher Juden, die, gerade noch selbst als Schattenmenschen im Untergrund, nun als Spitzel und "Greifer" ihre Haut zu retten versuchten. Greifer hofften, durch ihre Zusammenarbeit mit den Henkern der Deportation in die Vernichtungslager im Osten zu entgehen. Sie genossen Privilegien, die anderen verwehrt blieben, und lebten fast wie normale Bürger. Einige von ihnen trugen Waffen, besaßen spezielle Ausweispapiere und erhielten Extra-Prämien für jeden Fang.

Auch jüdische Frauen wurden von der Gestapo zu diesem Verräterhandwerk gepreßt. Eine von ihnen war auffallend hübsch und schrecklich tüchtig. Sie ist die Hauptfigur eines Buches, in dem der amerikanische Journalist und Sachbuchautor Peter Wyden, 70, den Leidensweg der Berliner Juden während der Nazi-Jahre beschreibt - "Stella". Es ist die Geschichte der in Berlin-Wilmersdorf aufgewachsenen Stella Goldschlag. Das Buch, aus dem der SPIEGEL in einer neuen Serie vorab Auszüge druckt, erscheint im November bei Simon & Schuster in New York (384 Seiten; 23 Dollar).

Wydens "Stella" bricht mit einem Tabu in der Holocaust-Forschung. Raul Hilberg, Autor des Standardwerks über "Die Vernichtung der europäischen Juden", bestätigt ihm: "Es ist das erste Buch über dieses dunkle Kapitel in der jüdischen Geschichte."

Die Aktivitäten der jüdischen Gestapo-Greifer, die mit den perfiden Methoden ihrer Auftraggeber gegen die eigenen Leute vorgingen, sind bislang, soweit überhaupt bekannt, verschämt in Fußnoten versteckt oder als Marginalien behandelt worden. Die Zurückhaltung ist verständlich, die Furcht vor Beifall von der falschen Seite nicht ganz unbegründet.

Die Vorhölle der deutschen Juden hatte bereits 1933 begonnen. Vom Anfang der Nazi-Herrschaft an wurden sie systematisch schikaniert, entrechtet, erniedrigt, was auch Jugendliche wie Stella Goldschlag und Peter Wyden zu spüren bekamen. Sie wurden nicht länger als "Mitbürger" behandelt, sondern als Aussätzige. Die "Nürnberger Gesetze" von 1935 stellten "die blutsmäßig bedingte klare Scheidung zwischen Deutschtum und Judentum" auf eine "gesetzliche Grundlage".

Dennoch wollten viele der deutschen Juden in dem Land bleiben, das sie noch immer als ihre Heimat betrachteten. Bis Mitte 1938 wanderten nur etwa ein Drittel der jüdischen Bürger ins Ausland ab. "Bleiben oder gehen" - wer genügend Geld und gute Verbindungen hatte, der ließ vielleicht, wie Peter Wydens Familie, Deutschland hinter sich. Wem beides nicht zur Verfügung stand und wer auch noch, wie Stellas Vater, in dem Irrglauben lebte, ihm könne als Frontkämpfer für das deutsche Vaterland schon nichts passieren, der blieb.

Erst der Pogrom vom November 1938, die "Reichskristallnacht", nach der über 20.000 Juden in Konzentrationslager verschleppt wurden, markierte den Wendepunkt. Nun hieß das Gebot:

"Rette sich, wer kann." Eine panikartige Massenflucht setzte ein.

Aber gleichzeitig wurde klar, daß kein Land bereit war, noch mehr jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Die internationale Flüchtlingskonferenz von Evian im Juli 1938, initiiert von der US-Regierung, entpuppte sich als Fehlschlag. Wyden erinnert ausführlich an dieses Fiasko und zitiert bitter eine schadenfrohe Schlagzeile aus einer Berliner NS-Zeitung zum Konferenzverlauf: "Juden zu verkaufen - Wer will sie? Keiner!"

Wyden: "Keine Regierung war gewillt, die Juden in Deutschland zu retten, sie waren alle für vogelfrei erklärt, einschließlich Stellas und ihrer Familie."

Im Oktober 1941, wenige Monate nach dem Einmarsch der Hitler-Truppen in die Sowjetunion, wurde die Ausreise für Juden generell verboten. Kurz davor war der gelbe Judenstern eingeführt worden, ohne den sich keiner der Geächteten auf die Straße wagen durfte. "Wer dieses Zeichen trägt, ist ein Feind des Volkes", verkündete ein Plakat, das in allen Behördenstuben und Postämtern hing.

"Die Feinde des Volkes" durften gar nichts mehr. Sie wurden aus ihren Wohnungen vertrieben und in Sammellager gepfercht, Fahrräder und Elektrogeräte waren ihnen verboten, auch Haustiere wie Hunde und Katzen. Sie konnten nur noch warten, bis Transportkapazitäten frei wurden, um sie in die Todeslager zu deportieren. Theresienstadt, das Vorzeige-Ghetto der Nazis, war bei den Berliner Juden weniger gefürchtet als Auschwitz, über das die schlimmsten, der später enthüllten Wahrheit nahekommenden Gerüchte kursierten.

Wer in solchen Zeiten zu überleben verstand, ohne den Verfolgern willfährig zu sein, mußte besondere Fähigkeiten entwickeln. Bei seinen Gesprächen mit 67 jüdischen "Survivors", die im Berliner Untergrund den Todeslagern entkommen waren, fiel Wyden auf, daß alle die Gabe hatten, sich anzupassen und das Leben von der positiven Seite zu nehmen. Viele sahen in ihrer Jugend wie blonde Germanen aus. Gerd Ehrlich, einer von ihnen, meint, ein Teil der U-Boote hätten dem Stürmer mit seinen antisemitischen Karikaturen ihre Rettung zu verdanken. Denn die Deutschen glaubten offensichtlich, alle Juden sähen so aus wie die schwarzhaarigen Krummnasen in dem Nazi-Hetzblatt.

Wydens eigene Biographie ist auf vielfältige Weise mit dem Schicksal seiner Hauptfigur verwoben. In den dreißiger Jahren besuchte er mit der blonden Stella, einem damals besonders attraktiven Mädchen, dieselbe jüdische Privatschule im Berliner Grunewald. Er hat zudem als Schuljunge die Anfänge der Judenverfolgung noch miterlebt. Aber während er mit seiner Familie 1937 in die USA emigrieren konnte und so den Todeslagern entkam, blieben Stellas Familie wie auch einige nahe Verwandte des Autors in Berlin zurück.

Da saßen sie dann, als es nach Kriegsbeginn für eine Ausreise zu spät war, in der tödlichen Falle. Stella versuchte alles, ihre Eltern vor dem Abtransport in die Vernichtungslager zu bewahren. Wirklich alles. Von der Gestapo schwer gefoltert und zugerichtet, wechselte sie die Seite. Zusammen mit Rolf Isaaksohn, auch er ein jüdischer Greifer, streifte sie im Auftrag des Gestapo-Führers Walter Dobberke durch die Cafes in der Nähe des Kurfürstendammes, beobachtete die Kino-Eingänge und überwachte auf den Friedhöfen die Begräbnisse, stets auf der Jagd nach untergetauchten Juden. Das "schöne Paar" war in seinem Revier im Berliner Westen bekannt und berüchtigt.

Aus Wydens jahrelangen Recherchen ist eine detailgespickte Studie über menschliches Verhalten in Extremsituationen entstanden. Einige Namen der zahlreichen Zeitzeugen, mit denen er sprach, hat er in seinem Buch verändert, weil die Befragten es so wünschten.

Er machte auch Stella ausfindig, die nach dem Krieg von einem sowjetrussischen Militärtribunal zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war und heute, unter anderem Namen, völlig zurückgezogen, in der Bundesrepublik lebt. Sie bestreitet noch immer, auch gegenüber ihrem alten Schulfreund, jegliche Schuld, ungeachtet der mannigfaltigen, gerichtlich bestätigten Beweise.

Wydens Buch ist eine auch von Selbstzweifeln geprägte Auseinandersetzung mit Fragen nach Schuld und Gewissen. Wie weit darf einer gehen, ohne seine Seele zu verspielen? Dürfen Menschen mit dem Teufel paktieren, wenn sie dadurch ihr Leben oder das von Verwandten zu retten vermeinen? Und: "Was hätte ich in Stellas Situation getan? Ist es nur ein glücklicher Zufall, daß ich nicht vor dieselbe Entscheidung gestellt worden bin?"

Wyden zeichnet die Alptraumwelt von damals, bevölkert mit erschreckend realen Zombies - akkurat Listen führenden Massenmördern, raffinierten Menschenjägern, verzweifelten Flüchtlingen, gewinnstüchtigen Kollaborateuren, aber auch Helden, die den Tod dem Verrat und der Mittäterschaft vorzogen. So ist ein Porträt entstanden, das, weit über die Person Stellas hinaus, die Hölle vor Augen führt, die den Juden von den Nazi-Deutschen in Berlin bereitet wurde.<<

21.11.1992

Polen: Der polnische Journalist und Schriftsteller Wlodzimierz Kalicki veröffentlicht am 21./22. November 1992 in der Zeitschrift "Gazeta Wyborcza" einen Artikel über das "Arbeitslager Lamsdorf" in Oberschlesien (x152/49-50): >>Die Dokumente des Arbeitslagers in Lamsdorf im Oppelner Land, wo man nach dem Krieg die vor allem zur Aussiedlung nach Deutschland bestimmten Personen zurückhielt, wurde unter archivalischen Sammlungen des Standesamtes in Falkenberg (Woiwodschaft Oppeln) aufgefunden. Bis gestern wurde diese Tatsache geheimgehalten.

Das Arbeitslager in Lamsdorf wurde im Juli 1945 in der Nähe eines Komplexes von Nazilagern für Kriegsgefangene eingerichtet. Bis zum Herbst 1946 wurden verschiedene Gruppen der Verhafteten dorthin verbracht. In der Mehrheit waren das die Autochthonen (nach polnischem Verständnis germanisierte Polen) aus den naheliegenden Dörfern, die später nach Deutschland ausgesiedelt werden sollten.

Infolge der schlechten Verhältnisse und Schikanen starben im Lager zumindest 1.000 Menschen. Edmund Nowak, der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung im Zentralen Museum der Kriegsgefangenen in Lamsdorf, behauptet auf Grund bisheriger Untersuchungen, daß mindestens 100 Verhaftete von Wachmännern ermordet wurden. Nach manchen deutschen Quellen sollen es insgesamt 5.600 Opfer sein.

Eine in den Jahren 1956-1957 wegen der Morde an Verhafteten durchgeführte gerichtliche Untersuchung wurde gegenüber der Mehrheit der Verdächtigen eingestellt, die im Prozeß in den Jahren 1958-1959 angeklagten Lagerfunktionäre freigesprochen. Die jetzt im Standesamt Falkenberg gefundenen Dokumente suchte der Woiwodschaftsstaatsanwalt, der die Anklageschrift gegen die Lagerfunktionäre vorbereitete, schon in den Jahren 1956-1957 erfolglos. Jetzt wurden sie nach Hinweisen von Dr. Nowak gefunden, der sie seit drei Jahren in Pfarrarchiven und Standesämtern des Oppelner Landes suchte.

Die Dokumente des Lagers in Lamsdorf umfassen 4 Hefte mit den Aufzeichnungen, die die Verhaftete betreffen. Einen Teil von ihnen bilden die Namensverzeichnisse mit den Daten von Ankunft, Verlassen oder Tod. Die Dokumente sind in einem schlechten Zustand und brauchen eine konservatorische Bearbeitung.

Wie wir inoffiziell erfahren: Die Tatsache der Wiederauffindung der Dokumente wurde durch die Woiwodschaftsverwaltung in Oppeln bis gestern streng geheimgehalten. Erst das Begehren unserer Redaktion um Zugang zu den Lagerdokumenten führte zur Veröffentlichung der Wiederauffindung. Die Lagerbücher werden nach einer konservatorischen Bearbeitung in die Oppelner Abteilung der Hauptkommission für die Untersuchung der Verbrechen gegen das Polnische Volk überführt, die seit einem Jahr eine Untersuchung gegen ehemalige Funktionäre des Kreisamtes für Staatssicherheit in Falkenberg führt, die der Folterung und Tötung von Verhafteten im Lager in Lamsdorf und in den Gebäuden vom UB (Staatssicherheit) in Falkenberg verdächtigt werden.<<

1992

BRD: Der deutsche Schriftsteller Ernst-Edmund Keil schreibt im Jahre 1992 in der Einführung des Buches "Vertrieben ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung" über die fehlende Vergangenheitsbewältigung der "Flucht- und Vertreibungsverbrechen" (x035/10-11):

>>Es ist im übrigen auffallend, daß ein beträchtlicher Teil der literarisch relevanten Vertreibungsliteratur von Frauen geschrieben wurde; ... das, scheint mir, hat seinen tieferen Grund; Frauen, Kinder und Greise waren – die Opfer und Leidtragenden von Flucht und Vertreibung, sie haben das Grausige erlebt, erlitten und verarbeitet, während die schreibenden Männer es vorzogen, das Thema des Frontkrieges, an dem sie beteiligt waren, aufzuarbeiten ...

Und der Nationalsozialismus, gegen den sie, nach der Rückkehr aus Gefangenen- und Arbeitslager, literarisch zu Felde zogen. Gegen ihn und die Nachtseiten der Schreckensherrschaft, vor allem gegen den Holocaust. Ein Kapitel Vergangenheitsbewältigung, das, im Unterschied zur Vertreibungsliteratur, öffentlich diskutiert wurde und Literaturgeschichte machte.

Diese Bewältigung, die ein Schuldbekenntnis war gegenüber den an Fremden verübten Verbrechen, verdeckte den Blick auf das von Fremden an den eigenen Frauen und Kindern verübte Unrecht, als wenn diese Menschen kein Anrecht darauf hätten, daß man ihnen hilft, ihren Schmerz und ihre Trauer aufzuarbeiten, denn nur in der geistig-kreativen Aufarbeitung des Erlittenen liegt doch die Chance, die einzige, sich vom Trauma des Erlebten zu befreien und, gereift und gewachsen an erfahrenem Leid, Verständnis zu zeigen für die Vertreiber, Schuld zu vergeben und so zum Werk der Versöhnung mit dem östlichen Nachbarn und damit zu einem dauerhaften Frieden in Europa beizutragen.

Nun, einige der Betroffenen haben sich das Recht genommen, ... sich die Trauer von der Seele zu schreiben, nicht um Rache zu nehmen, sondern aus Not und Überlebenswillen, aus dem Wunsch, den Schmerz zu verwinden und zu überwinden. Nichts anderes als die männlichen Schreiber der Kriegsbücher auch aus dem Gefühl, sich erinnern zu müssen, damit das Entsetzliche nicht vergessen werde und sich nicht noch einmal wiederhole. ...<<

Polen: Die Allensteiner Zeitung "Borussia" veröffentlicht im Jahre 1992 einen Artikel des polnischen Historikers Janusz Jasinski über das Verhältnis von Polen und Deutschen in Allenstein sowie die polnische Geschichtsbetrachtung (x152/41-48):

>>Vor 26 Jahren gab der polnische Episkopat in einem Brief an die deutschen Bischöfe eine Erklärung bekannt, in der wir den jederzeit aktuellen Satz lesen. "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung."

Dies war ein Schock, nicht nur für die damalige Regierung und alle Kommunisten, sondern auch für eine enorme Mehrheit unseres katholischen Volkes, wenn wir auch täglich beten "... wie auch wir vergeben unseren Schuldigern." ...

Vor allem ist die Tatsache wichtig, daß eine junge Generation heranwächst, die imstande ist, die großen, jedoch unterschiedlichen Tragödien der beiden Völker aus größerem Abstand einzuschätzen. Trotz allem sind die Fragen immer noch aktuell. Heute können wir endlich unsere Meinungen und Gefühle äußern, der Zugang zu den polnischen Archiven und der deutschen wissenschaftlichen Literatur und Publizistik ist viel leichter geworden, und wir treffen uns öfter mit den Deutschen, die ihre alte Heimat besuchen. Das Problem der polnisch-deutschen Beziehungen verlangt heutzutage eine neue Analyse.

Wie könnten wir, wenn wir einen älteren Herrn sehen, der vergebens das Grab seiner Eltern sucht oder traurig die Ruinen seines seinerzeit gutgehenden Bauernhofs betrachtet, unsere Augen und Herzen verschließen? Selten erzählt er den polnischen Bekannten oder Freunden von den schlimmen Erinnerungen aus den Jahren 1945 bis 1947. Übrigens welcher Pole möchte schon etwas über deutsche Erlebnisse hören, wenn er sich noch so gut an die eigenen unter deutscher, ukrainischer, russischer Herrschaft erinnert?

Im allgemeinen ist bei uns die Meinung entstanden, daß wir immer Opfer bringen mußten selbst aber niemandem Unrecht und Leid angetan haben. Wenn sich doch jemand daran erin-

ner, sucht man schnell eine Ausrede von der polnischen Staatsraison, und gleich wird auch die Frage nachgeschoben: Wozu über diese Kleinigkeiten überhaupt noch reden?

Das ist nicht nur ein historisches, sondern auch ein moralisches Problem, welches immer wieder auf uns zurückschlägt. Der deutschen Seite fehlt immer noch eine deutliche polnische Erklärung und Entschuldigung für die Vertreibung aus Schlesien, Ost- und Westpreußen. Rührend ist für mich persönlich die Aussage des Bischofs Georg Sterzinsky (heute Kardinal) aus Berlin, der seine Kindheit in Jomendorf verbracht hat, wo auch ich zu Hause bin.

Der Bischof erinnert sich: "Im Jahre 1945 erlebte ich den Einmarsch der Roten Armee. Sehr genau kann ich mich an das Jahr 1946 erinnern, als die Polen einzogen und uns mit Gewalt vertrieben, genauer gesagt mit Knüppeln rausjagten. Ich muß sagen, daß ich mich 20 Jahre lang vor den Polen fürchtete."

Wie schrecklich sind solche Worte! Im Brief polnischer Bischöfe wird zwar das Leid von Millionen deutscher Flüchtlinge und Übersiedler erwähnt, das geschieht jedoch nur als Absicherung für den Fall, daß doch ein Pole einem Deutschen Unrecht getan hat und das nachgewiesen wird, und nicht aus Überzeugung. In Wirklichkeit hat kaum ein Pole es für nötig befunden, bei den Deutschen um Vergebung zu bitten.

Majdanek, Auschwitz und das zerstörte Warschau wurden immer wieder der Vertreibung gegenübergestellt. ("Wir wurden auch vertrieben ..."). Eine solche Gegenüberstellung kann nur zu falschen Schlußfolgerungen führen.

Mit der Zeit hat sich jedoch die polnische Ansicht in bezug auf die Vertreibung geändert. Nicht nur der bekannte Artikel des vor kurzem verstorbenen Josef Lipski, "Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen", sondern auch andere Aussagen deuten auf eine Meinungsevolution des polnischen Episkopates (Gesamtheit der Bischöfe). Bei dem deutsch-polnischen Bischofstreffen in Gnesen im Jahre 1990 erregte die Aussage des deutschen Bischofs Joseph Homeyer große Aufmerksamkeit.

Die Polen seien lange Zeit bereit gewesen, ihre eigene Schuld den vertriebenen Deutschen gegenüber zu bagatellisieren (als unbedeutende Kleinigkeit zu behandeln). Das Unrecht, das die Polen den Deutschen angetan haben, habe Millionen von unschuldigen Menschen tief verletzt und verbittert. In der Schlußerklärung der Bischöfe wurde empfohlen, das Problem der Vertreibung der deutschen Bevölkerung weiter zu erforschen und zu erläutern.

In diesem Sinne äußerte sich im August 1991 der Oppelner Bischof Alfons Nossol in seinem Hirtenbrief, in dem er überzeugt nicht nur von Leiden und ungerechter Verfolgung der deutschen Bevölkerung in Schlesien, sondern auch von gewalttätiger und unmenschlicher Vertreibung sprach, die Menschen zu Heimatlosen gemacht habe.

Ein großes Versäumnis, vielleicht sogar eine Schuld der Polen ist die Tatsache, daß die polnische Öffentlichkeit jahrzehntelang nicht richtig über die Situation der ostpreußischen Bevölkerung gegen Kriegsende und in den ersten Nachkriegsjahren informiert war. Das geht sicherlich auf eine strenge Zensur zurück, aber auch auf Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid, das nicht unmittelbar Polen betroffen hat.

Es wurde – und zwar auf Befehl – an die Hunderttausende von russischen Soldaten erinnert, die bei der sogenannten Befreiung Polens ihr Leben verloren haben. Demgegenüber wird über die Deutschen statistisch und trocken berichtet, wobei man nur den Zeitpunkt des Geschehens und die Zahlen der aus Polen ausgesiedelten Menschen angab, ohne natürlich davon zu sprechen, unter welchen Umständen dieser Exodus geschah.

Erst später folgten Untersuchungen zur Geschichte ethnisch polnischer Bevölkerung, d.h. der Masuren und polnischen Ermländer. Bei diesen Untersuchungen bemühte man sich, eine Antwort auf die Frage zu geben: Warum ist es eigentlich nicht gelungen, die masurische und ermländische Bevölkerung für den polnischen Staat zu gewinnen (wie man damals sagt: zu repolonisieren)? Und nur in diesem Kontext polnischer Staatsraison wurden die Ungerechtig-

keiten interpretiert. Man vergaß, daß man nicht aus christlichen, sondern vor allem aus allgemein menschlichen Gründen einen Deutschen genauso wie einen Masuren gerecht behandeln sollte.

Erinnern wir uns kurz an die Lage der ostpreußischen Bevölkerung im Jahre 1945. Die befohlene Evakuierung und die spontane Flucht vor der Roten Armee fielen zeitlich zusammen. Es geschah in strenger Kälte um den 20. Januar 1945. Alle Wege nach Norden und Nordwesten waren total mit Fuhrwerken, Schlitten, Fahrrädern und Fußgängern verstopft. Sowjetische Panzer und Infanterie waren schneller, sie überrollten und zermalmten die Menschen. Ein Teil der Zivilbevölkerung wurde in die Gräben gestoßen. Manche wurden mit Maschinengewehren erschossen. Frauen wurden massenweise vergewaltigt.

Das waren keine einzelnen Exzesse, das war gang und gäbe. Auf diese Art und Weise wurde Rache für den grausamen Krieg in der Sowjetunion genommen, Ilja Ehrenburg und andere Hetzer hatten dazu aufgerufen.

Die Rote Armee verhielt sich den Deutschen gegenüber ganz anders als zu den Polen (wenn wir die Verfolgung der Angehörigen der Heimatarmee (AK) und des sog. Klassenfeindes ausklammern). ... Ergänzend sollte noch gesagt werden, daß zu den Opfern russischer Verbrechen auch französische, italienische und polnische Gefangene zählten. Viele Kinder starben vor Hunger und Kälte. Manche verirrteten sich in diesem Chaos. Die Bevölkerung, die nach Norden strebte, erlebte schreckliche Dramen. Viele Menschen ertranken in der Weichselmündung. Andere, die in Pillau auf ein Schiff gelangten, wurden aus der Luft beschossen und bombardiert.

Es war die Hölle auf Erden, die an Napoleons Rückkehr aus Moskau und besonders an das dramatische Überqueren der Beresina erinnert. Es gibt jedoch einen wesentlichen Unterschied. Die Napoleonische Armee, die aus erwachsenen Männern bestand, kehrte ausgehungert, frierend und als Kriegsverlierer zurück, während die Rote Armee im Jahre 1945 ihre mörderische Wut an der hilflosen Zivilbevölkerung ausließ.

Nach den ersten Konfrontationen mit den Einheimischen nahmen die Greuelthaten kein Ende. Auch später erschossen russische Soldaten Menschen, zündeten Scheunen an, warfen Granaten in die Wohnungen, plünderten, schlachteten Vieh, nahmen Maschinen mit und zerstörten sehr oft gezielt Hab und Gut. Die meisten Städte Ermlands und Masurens wurden dem Erdboden gleichgemacht. Nicht während der Kriegsoperation, sondern nach der "Befreiung".

Nachdem die Front zusammengebrochen war, fing die Aktion des Volkskommissariats des Innern (NKWD) an. Die Bevölkerung wurde massenweise in die Sowjetunion deportiert, wo sie in Straflagern arbeiten mußte. Tausende von Menschen fanden dort den Tod. ... Diejenigen, die sich retten konnten und nicht nach Rußland verschleppt wurden, waren monatelang gezwungen, für die Rote Armee schwer zu arbeiten. Frauen waren besonders gefährdet und wurden brutal vergewaltigt.

Auf diese Art und Weise handelten russische Soldaten in Westpreußen. Wir Polen sollten uns dieser Wahrheit bewußt sein. In diesem Zusammenhang wäre die Ausarbeitung einer gründlichen Monographie über dieses Thema erstrebenswert. Die deutsche Zivilbevölkerung wurde jedoch nicht nur von den Russen, sondern auch von den Polen, die gleich hinter den Russen kamen, gequält. Dabei schneiden wir ein sensibles Thema an, zu dem es uns Polen schwerfällt, ein objektives Urteil abzugeben. Leider stehen uns keinerlei wissenschaftliche Vorarbeiten zur Verfügung. Aus diesem Grunde können meine Anmerkungen zahlreiche Diskussionen hervorrufen.

Aus Sicht der Deutschen besteht die größte Schuld der Polen in den Plünderungen, der brutalen Vertreibung aus den Häusern und der Nötigung zur Zwangsarbeit. ... Fast in allen deutschen Tagebüchern wird von Raubzügen berichtet. Dazu zitieren wir ein paar Aussagen aus der wertvollen Arbeit des Allensteiner Historikers B. Lukaszewicz ("Polnische Volkspartei im

Ermland und in Masuren in den Jahren 1945-1947", Allenstein 1991): "Die Polen aus den kurpischen Landkreisen Chorzele, Mokow, Przasnysz usw. wüteten auf unseren Grundstücken. Sie jagten Masuren mit Beschimpfungen, Drohungen, Stöcken und Ästen von ihren Höfen und bewohnten sie selbst. Sie schlugen und folterten die Masuren."

Noch eine weitere ähnliche Erinnerung: "Es tauchte die erste polnische Macht und mit ihr die Bevölkerung aus Zentralpolen auf. Das Land wurde mit Siedlern überflutet. Bei diesen Menschen herrschte ein starkes Verlangen nach Land und Hof. Die Siedler aus den Zentralgebieten gingen mit besonderer Brutalität gegen die Einheimischen vor. Sie stahlen, raubten, besetzten Bauernhöfe und warfen ihre Besitzer hinaus. Sie kannten keine Gnade."

... Die Deutschen erinnern sich besonders an die Ausreise nach Deutschland bei Kälte und Hunger, an die Zeit, als sie auf den Bahnhöfen von Osterode, Deutsch Eylau sowie in Posen von den polnischen Horden gnadenlos ausgeraubt wurden. All diese Beschreibungen liest man wirklich mit schwerem Herzen. Mit was für einer Dankbarkeit nahmen die ausreisenden Deutschen einen Teller warmer Suppe, den ihnen ein Landrat aus Deutsch Eylau anbot!

Es kommt einem jedoch vor, als fehlte bei den deutschen Erinnerungen eine gewisse Reflexion. Die eigene Tragödie wird nicht im Kontext der Kriegs- und Nachkriegsgeschehnisse gesehen. In diesem Kontext frage ich mich: Was und wieviel wußte ein einfacher, fleißiger und gutmütiger deutscher Bauer oder Handwerker von der deutschen Okkupation in Polen?

An dieser Stelle möchte ich mich bei den deutschen Lesern dafür entschuldigen, daß ich auf die schrecklichste Nacht der Jahre 1939 bis 1945 zurückkomme, an die ich mich noch recht gut erinnere. Die Okkupation Polens ist nicht mit jener der Tschechoslowakei oder Frankreichs zu vergleichen. Für ein Kilogramm Schweinefleisch kam man nach Maidanek, für einen getöteten Deutschen verloren 30 unschuldige Gefangene ihr Leben.

In Lublin haben wir die Aussiedlung ganzer Straßen und Wohnviertel erlebt, ganz zu schweigen von der bekannten Tragödie der Kinder aus der Region Zamojsk. Die Gendarmerie liquidierte Behinderten- und Siechenheime. Die Verbrechen begingen nicht nur Gestapo und die SS, sondern auch die Wehrmacht. Wie viele hatten wie Otto Schimkow den Mut, den Schießbefehl gegen gefangene Partisanen zu verweigern?

Die Bevölkerung aus dem nördlichen Masowien, die im Jahre 1945 so stark der autochthonen Bevölkerung Zeichen gesetzt hat, erinnerte sich recht gut an grausame Gendarmen, die aus Masuren stammten und oft polnisch sprachen. Hinzu kam das vom Krieg verwüstete Gebiet, für das man sich im Jahre 1945 in Ostpreußen "bezahlen ließ". Was man heute als eine Aneignung bezeichnet, war in Wirklichkeit Plünderung und Banditentum.

Mit Schrecken hörte ich die Erzählung über einen polnischen Siedler, der im Kreis Heilsberg einen ermländischen Deutschen vor den Pflug gespannt hat. Allerdings erzählte mir ein Bekannter aus Thorn im August 1991, daß während der Okkupation in der Nähe von Znino ein Deutscher seinen polnischen Nachbarn auf die gleiche Art behandelt hat. Wir erinnern uns an das Schicksal polnischer Zwangsarbeiter, deren Zahl in Ostpreußen im Herbst 1944 etwa 150.000 erreichte. Sie mußten ein erniedrigendes "P"-Zeichen tragen. Der Umstand, daß sie von Bauern erworben werden konnten, erinnert an den Sklavenhandel. Wenn man manchmal mit Arbeitern auch relativ normal umgegangen ist, war doch der Fakt, sich einer Sklavenarbeit zu bedienen, durchaus verwerflich.

Wie wir in mehreren Memoiren lesen, begrüßte das ganze Ostpreußen Polens Niederlage im Jahre 1939 mit großer Euphorie. Es fällt mit schwer, ältere Männer zu verstehen, wenn sie noch heute erklären, daß sie nur ihre Soldatenpflichten nachgekommen sind. Sie identifizierten sich doch ideologisch mit dem Ziel von Hitlers Krieg. Waren das wirklich ganz "unschuldige Menschen" wie der Bischoff Homeyer behauptet?

Nach dem, was ich über die Okkupation geschrieben habe, könnte man denken, daß ich die polnische Bevölkerung von ihrem Verbrechen gegen die ostpreußischen Bewohner freispre-

che. Ich versuche zwar, ihre Verhaltensweise den Deutschen gegenüber von der psychologischen Seite zu verstehen, doch bin ich der Meinung, daß sie in keinem Fall ein Recht auf derartige Verhaltensweisen hatten. Das war sehr oft mit Gier verbundene Lynch- und Rachejustiz. In der Regel galt bedauerlicherweise das Rache- und Vergeltungsprinzip, entgegen den Grundsätzen der christlichen Lehre, zu welcher wir uns offiziell bekennen.

Dies waren Reaktionen des einfachen Volkes. Vielleicht hat sich die Intelligenz, die gebildete Schicht besser verhalten? Selbstverständlich ist es schwer, diese Frage ohne eine wissenschaftliche Untersuchung zu beantworten. Jedoch scheint es mir, daß die feindliche Gesinnung den Deutschen gegenüber nach dem Jahre 1945 bei diesen Teilen der polnischen Gesellschaft allgemein vertreten war.

Wir zitieren die Erinnerungen der Soziologin Professor Hanna Swidy-Ziemby, die ihre Ansichten nach dem Krieg zu rekonstruieren versucht hat: "Ich erinnere mich, daß niemand in Breslau, wo mein Vater einen Lehrstuhl an der Universität innehatte, sich ernsthafte Vorwürfe wegen der Deutschen machte. Wir waren ja Vertriebene, von allen Seiten zerstört. Alles, was wir erhielten, betrachteten wir als vom Schicksal bestimmt. Die Polen unterschieden sich nur dadurch, daß manche die Deutschen nicht gleich hinauswarfen, während andere ihnen bis zur Abfahrt erlaubten, ihre Wohnungen zu benutzen. Das Schicksal der Deutschen interessierte uns wirklich nicht."

Das Haßgefühl des polnischen Volkes dem Deutschen gegenüber wurde bewußt durch die Presse hochgespielt. Wir entnehmen den "Masurischen Nachrichten" ("Wiadomosci Mazurskie") einige Beispiele. Hier lesen wir über den Abtransport von 1.750 Deutschen aus Braunsberg um die Jahreswende 1946/47: "Wir glauben, daß in Kürze wir Polen allein in diesem uralten polnischen Gebiet leben werden, das wir den Krallen der deutschen Bestie entrissen haben."

Ein Angestellter vom Staatsamt für Umsiedler (PUR): "Er trägt heiße Suppe und Kaffee, der an den schwarzen Abgrund der deutschen Seele erinnert."

Andere polnische Staatsangestellte: "Sie zählen die lange Kette fremder rauher Namen, die unangenehmen Vornamen."

Bei nächster Gelegenheit erfahren wir, daß Bischof Kaller "ein Vertreter des Mördervolkes" ist. Hier sollte man jedoch hinzufügen: Das war die typische Sprache der damaligen Zeit. Mit dieser Art von Beschimpfungen streute man auch den Haß gegen den Regierungsblock (Vorkriegspolen), die Armee Mikolajczyk und allgemein gegen die Opposition.

Um nicht verdächtig zu werden, daß ich mich ausschließlich auf Berichte aus deutschen Quellen stütze, habe ich Dokumente aus dem Staatsarchiv in Allenstein geprüft. Hier läßt sich diese Problem nur skizzieren, es erfordert jedoch noch weitere Untersuchungen. Es wurde ein damals übliches Verfahren angewandt, um die Deutschen aus ihren Wohnungen zu entfernen. Polen (oft waren es Funktionäre der Sicherheitsbehörde) schrieben an die Dienststelle für deutsche Angelegenheiten, um eine konkrete Einwilligung für eine Wohnung, die von Deutschen bewohnt war, zu bekommen. Solche wurden in der Regel wohlwollend erteilt.

Als Beispiel zitiere ich eine dieser vielen Entscheidungen. "Die Dienststelle für Deutsche Angelegenheiten der Stadt Allenstein befiehlt Else B., deutscher Nationalität, die von ihr bewohnten Räume binnen einer halben Stunde zu verlassen, mit dem Recht, die allernötigsten persönlichen Sachen für den täglichen Gebrauch sowie Lebensmittel mitzunehmen. Die gesamte Wohnungseinrichtung muß in unbeschädigtem Zustand bleiben."

Eine andere Art und Weise der harten Ausnutzung der Deutschen war Beschäftigung bei den schlimmsten öffentlichen Arbeiten. Sie säuberten die Straßen von Schutt und Müll, begruben Verstorbene, verscharften Kadaver und sammelten Kartoffeln. Sehr viele von ihnen arbeiteten bei der Bahn. Sie erhielten (offiziell) für den Arbeitstag 20 Zloty sowie Brot und Verpflegung. Zu dieser Zeit kosteten 1 Kilogramm rote Rüben 30 Zloty, 1 Kilogramm Brot 31 Zloty usw.

Hierin rivalisierten Polen mit der Roten Armee, die die Deutschen auf Landgütern beschäftigte, wo diese bessere Bedingungen hatten, denn sie mußten wenigstens nicht hungern.

Einige Einrichtungen in Allenstein übergangen den Dienstweg und nahmen sich Deutsche zur Arbeit. Der Leiter des Amtes für deutsche Angelegenheiten Z. Tatarkiewicz erregte sich sehr: "Kerle der Polnischen Arbeiterpartei schickten drei deutsche Frauen für privaten Bedarf in ein bestimmtes Restaurant in Allenstein". ...

Wenn wir die Politik des Okkupanten (der deutschen Besatzungsmacht) gegenüber der polnischen Bevölkerung verurteilen, dürfen wir sie als Vorbild oder Muster nehmen? Anstatt das eigene Volk von Racheakten abzuhalten, hat die kommunistische Regierung es zu diesen noch ermutigt, ja sogar befohlen.

Die moralische Bewertung der Aussiedlung oder, nach deutschem Sprachgebrauch, Vertreibung hat verschiedene Dimensionen. Eine große Mehrheit der deutschen Gesellschaft beurteilt die Beschlüsse der Siegerkoalition und die polnische Argumentation entschieden negativ. Sie werden als Verbrechen gegen Menschenrechte und internationales Recht verurteilt. Versuchen wir aber dieses Problem im Kontext des Jahres 1945 zu betrachten.

Es ist unvorstellbar, daß zwei so verschiedene Völker nach der schrecklichen Okkupation friedlich miteinander hätten leben können. Die allgemeine Meinung der Polen war, und sicher zu Recht, daß das deutsche Volk nicht loyal gegenüber dem neuen polnischen Staat sein würde. Man konnte sich noch sehr gut an die Rolle der berühmten "5. Kolonne" von 1939 erinnern, ebenso das Verhalten verschiedener Deutscher den Polen gegenüber. Es interessiert nicht, daß nicht das ganze deutsche Volk den polnischen Soldaten in den Rücken geschossen hatte. Die polnische Gesellschaft glaubte im Jahre 1945 an die aktive antipolnische Haltung aller Deutschen während des Krieges von 1939 bis 1945.

Das zweite wichtige Argument, welches in Potsdam Verständnis fand, war das der Übersiedlung von Millionen Polen aus dem zerstörten Warschau sowie aus den Ostgebieten. Irgendwo mußten die Menschen eine neue Wohnstätte finden. Die Deutschen entgegneten bei dieser Gelegenheit oft, sie hätten nicht über die Enteignung der polnischen Ostgebiete zu entscheiden gehabt. Schließlich war aber aufgrund des deutsch-sowjetischen Vertrages von 1939 der Weg zur Enteignung der polnischen Ostgebiete im Jahre 1944/1945 offen. ... Ich zitiere nur die Worte von Kardinal Döpfner zu diesem Thema:

"Es ist bekannt, daß nach dem Verlust der Ostgebiete, falls zu dieser Zeit noch die westlichen Gebiete verlorengegangen wären, die Existenz des polnischen Staates bedroht gewesen wäre." ... Wenn wir von der Aussiedlung sprechen, sollten wir das ganze Problem betrachten.

Hinzuzufügen wäre auch, daß die Potsdamer Beschlüsse zur Völkerverschiebung durch frühere Aussiedlungsaktionen favorisiert wurden. Diese Aktionen wurden schon während des Krieges durch die Deutschen an jüdischer, polnischer oder sogar eigener, d.h. deutscher Bevölkerung angewandt. In Ostpreußen wurden u.a. Balten- und Wolhynien-Deutsche angesiedelt. Im Jahre 1945 waren Stalins Verbrechen (z.B. Zwangsumsiedlung von Minderheiten) in der Welt noch nicht bekannt. Das einzige "Muster" für die radikale Art der Lösung von Problemen hatten die Deutschen geliefert.

... Wie schon erwähnt, konnte man nicht auf ein friedliches Miteinander zwischen Deutschen und Polen hoffen, ganz im Gegenteil, es war zu erwarten, daß es im damaligen Ost- und Westpreußen sowie in Schlesien zu Unruhen kommen würde. Außerdem hatte man damit zu rechnen, daß die deutsche Bevölkerung die Abtrennung dieser Gebiete von Polen anstreben würde.

Sicher schulden wir dem Schicksal von Millionen Menschen, die ihre Heimat, ihr Hab und Gut von Generationen sowie Gräber der Vorfahren verlassen mußten, ein tiefes Mitgefühl, denn ihre Wurzeln wurden aus der Scholle gerissen. Diese Menschen haben zum großen Teil keine so harte Strafe verdient, um so mehr wollen wir unsere Trauer äußern. Was mit ihnen

geschah, kam einer Ächtung gleich. Dennoch war man damals wie schon erwähnt, überzeugt, daß es keine andere Lösung gibt.

Es ist unsere Pflicht, den Deutschen eine eindeutige Entschuldigung für die Plünderungen, Diebstähle, die - seltenen - Morde, die ungerechte Vertreibung aus dem eigenen Haus noch vor der Aussiedlung, für unbezahlte Arbeit, für Arbeitslager, für Beschimpfungen, die ständige Erniedrigung, die Verweigerung der Menschenrechte und letztlich auch für die harte, unbarmherzige Art der Aussiedlung auszusprechen.<<